

# VERGABEUNTERLAGEN

2026002804

Mobile Trennwände, Rettungszentrum

Offenes Verfahren (EU) (VOB)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

Stadt Freiburg i. Br. - Vergabemanagement

Fehrenbachallee 12, 79106 Freiburg im Breisgau, Deutschland

---

28.05.2026

# Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen .....	1
Projektinformation .....	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	3
211_EU_Aufforderung_zur_Abgabe_eines_Angebots.pdf .....	3
002-StadtFR_Nachweisliste_VOB .....	7
212_EU_Teilnahmebedingungen.pdf.....	9
212/212EU StadtFR - Weitere Teilnahmebedingungen .....	12
213_ohne_Lose_Angebotsschreiben.....	14
124_Eigenerklärung.pdf .....	17
004 StadtFR - Erklärung Sozialstandards .....	20
007 StadtFR - Erklärung Mindestlohn LTMG .....	21
010 StadtFR - Erklärung Russland Sanktionen.....	23
234_Erklärung_Bietergemeinschaft .....	25
235_Verzeichnis_Leistungen_anderer_Unternehmen .....	26
236_Verpflichtungserklärung_anderer_Unternehmen .....	27
241_Abfall .....	28
214_Besondere_Vertragsbedingungen.pdf.....	29
214 StadtFR - Weitere Besondere Vertragsbedingungen.....	31
Produkte/Leistungen .....	37
Eignungskriterien.....	60
Leistungskriterien .....	61
Anlagen .....	62

# Allgemeine Informationen zum Verfahren

## Mobile Trennwände, Rettungszentrum

Verfahrens-Nr.: 2026002804

### Informationen zum Verfahren

Maßnahme:	Mobile Trennwände, Rettungszentrum
Leistung:	Neubau Rettungszentrum bei der Hauptfeuerwache, Eschholzstraße 118a, 79115 Freiburg, 2. BA, Gebäude H, Mobile Trennwände: 1 St Mobile Trennwand Rw 49 dB L 13,375m H 2,70m mit Abschottung H 0,75m mit 1 Türe, 1 St Mobile Trennwand Rw 49 dB L 11,465m H 3,00m mit Abschottung H 0,45m
Vergabeart:	Offenes Verfahren (EU) (VOB)
Ausschreibung in Losen:	Nein
Nebenangebote:	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Abgabeform:	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
Zulässige Signatur:	Textform nach §126b BGB
Bekanntmachung:	28.05.2026

### Termine

Frist Bieterfragen:	23.06.2026 12:00 Bieterfragen sind über das Vergabeportal unter "Nachrichten" einzureichen.
Angebotsfrist:	30.06.2026 09:20:00
Bindefrist:	31.08.2026

## I. Teilnahme am Verfahren / Vergabeunterlagen

Die Stadt Freiburg beabsichtigt die o.g. Leistung zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen, den Hinweisen im Vergabeportal sowie bei öffentlichen Verfahren aus der Bekanntmachung.

Der Bezug der Vergabeunterlagen erfolgt ausschließlich über das Vergabeportal unter [www.deutsche-evergabe.de](http://www.deutsche-evergabe.de).

**Bevor Sie die Vergabeunterlagen bearbeiten, empfehlen wir Ihnen, sich als Unternehmen auf dem Vergabeportal kostenfrei zu registrieren bzw. sich mit der bereits bestehenden Kennung anzumelden.** Wählen Sie dann im Projekt den Button "am Verfahren teilnehmen". Nur so ist gewährleistet, dass Sie evtl. ergänzende Informationen zum laufenden Verfahren oder Änderungen der Vergabeunterlagen über eine sog. "Verfahrenskorrektur" per E-Mail erhalten. Änderungen oder Informationen zum Verfahren, die im Angebot nicht berücksichtigt wurden, können zum Ausschluss des Angebots führen.

Die Kommunikation erfolgt bis zur Angebotsöffnung elektronisch über die Vergabeplattform und kann ggf. danach auch per E-Mail erfolgen (z.B. Nachforderung von Unterlagen). Bieterfragen können im Angebotsassistenten des Verfahrens über den Schritt "Nachrichten" gestellt werden. Auskünfte und Informationen zum laufenden Verfahren werden stets an die E-Mail-Adresse versandt, die Sie bei der Registrierung im Vergabeportal hinterlegt haben. Wir empfehlen Ihnen daher eine Registrierung mit einer zentralen E-Mail-Adresse bzw. Vertretungsberechtigung einzurichten.

Bei Fragen zur Bedienung des Vergabeportals können Sie sich an den Kundendienst der Deutschen eVergabe wenden. Ein Kontaktformular steht über die Schaltfläche "Kontakt" zur Verfügung.

## II. Abgabe der Angebote

Die Angebotsabgabe kann ausschließlich elektronisch über das Vergabeportal erfolgen. Hierzu ist eine kostenfreie Registrierung auf dem Vergabeportal erforderlich bzw. eine Anmeldung mit der bereits vorhandenen Kennung. Eine Angebotsabgabe in Papierform, per E-Mail oder Fax ist nach den Vergabebestimmungen nicht zulässig.

Die Abgabe von mehr als einem Hauptangebot ist zugelassen. Dabei muss jedes aus sich heraus zuschlagsfähig sein.

Bei einigen Anlagen (z.B. Formulare zu Eigenerklärungen) muss durch Öffnen, Speichern im Falle von Eintragungen und Schließen der Dokumente bestätigt werden, dass sie gelesen sowie deren Inhalte mit Abgabe des Angebots anerkannt wurden.

Mit der Einreichung in Textform nach § 126b BGB gilt das Angebot und alle damit eingereichten Unterlagen als unterschrieben. Dafür ist der Name der erklärenden Person (Vor- und Nachname) oder der Name des Unternehmens im Angebotsassistenten unter dem Schritt "Angebot einreichen" im Unterschriftenfeld entsprechend der Registrierung bereits voreingetragen und kann bei Bedarf geändert werden. Dies bedeutet, dass vom Bieter in den Formularen keine Unterschrift zu leisten ist. Eine Abgabe der Unterschrift ist nur von Nachunternehmen, Mitgliedern von Bewerber-/ Bietergemeinschaften oder im Falle einer Nachreichung von Unterlagen erforderlich.

Das Angebot kann vor Ablauf der Angebotsfrist zurückgezogen und geändert werden.

Die Integrität und Vertraulichkeit der Daten wird bei der elektronischen Abgabe durch technische Vorrichtungen und durch Verschlüsselung sichergestellt. Die elektronischen Angebote werden dabei verschlüsselt gespeichert, mit einem elektronischen Eingangsstempel versehen und können technisch von niemandem bis zum Ablauf der Angebotsfrist eingesehen werden.

## III. Datenschutzhinweise

Im Rahmen eines Verfahrens werden ggf. Daten des Unternehmens elektronisch gespeichert und verarbeitet. Die Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen der Stadt Freiburg i.Br. finden Sie auf der Internetseite der Stadt Freiburg ([www.freiburg.de](http://www.freiburg.de)) unter dem Menüpunkt "Wirtschaft und Digitalisierung" -> "Ausschreibungen" -> unter "Weitere Informationen": "Datenschutzhinweise nach der DSGVO bei Vergaben".

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme am Verfahren.

Mit freundlichen Grüßen  
i. A. Daniela Stalter

Stadt Freiburg, Vergabemanagement  
Fehrenbachallee 12, 79106 Freiburg i.Br.  
Tel.: 0761/201-4083  
E-Mail: [vergabemanagement@ freiburg.de](mailto:vergabemanagement@freiburg.de)

Vergabestelle

Stadt Freiburg i. Br. - Vergabemanagement

Vergabemanagement

Fehrenbachallee 12

79106 Freiburg im Breisgau

Deutschland

Vergabeart

- ☒ offenes Verfahren  
 nicht offenes Verfahren  
 Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb  
 Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb  
 wettbewerblicher Dialog  
☐ Innovationspartnerschaft

Ablauf der Angebotsfrist

Datum

30.06.2026

Uhrzeit

09:20:00

Bindefrist endet am

31.08.2026

**Aufforderung zur Abgabe eines Angebots**

(Vergabeverfahren gem. Abschnitt 2 VOB/A)

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer

Baumaßnahme

2026002804

Rettungszentrum Hauptfeuerwache, Eschholzstraße 118a, 79115 Freiburg

Vergabenummer

Leistung

2026002804

Mobile Trennwände, Rettungszentrum

**Anlagen****A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind**

- ☒ 212 EU Teilnahmebedingungen EU (Ausgabe 2019)  
☐ 216 Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen  
☐ 226 Mindestanforderungen an Nebenangebote  
☐ 227 Zuschlagskriterien  
☐ 242 Instandhaltung  
☐ Informationen zur Datenerhebung  
☒ 002 Stadt-FR (Nachweisliste VOB)

☐  
☐
**B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden**

- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Baubeschreibung, Pläne, sonstige Anlagen  
☒ 214 Besondere Vertragsbedingungen  
☐ 225 Stoffpreisgleitklausel  
☐ 228 Nichteisenmetalle  
☒ 241 Abfall  
☐ 244 Datenverarbeitung  
☒ 212/212EU Stadt-FR (Weitere Teilnahmebedingungen Stadt Freiburg)  
☒ 214 Stadt-FR (Weitere Besondere Vertragsbedingungen Stadt Freiburg)  
☒ 10 Anlagen (Pläne etc.)

☐  
☐  
☐

**C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind**

- ☒ 213 Angebotsschreiben
- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm
- ☒ 124 Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ 221/222 Angaben zur Preisermittlung entsprechend Formblatt 221 oder 222
- ☐ 224 Angebot Lohngleitklausel
- ☒ 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☒ 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ Vertragsformular für Instandhaltung: \_\_\_\_\_
- ☒ siehe 002 Stadt-FR (Nachweisliste VOB) \_\_\_\_\_
- ☐ \_\_\_\_\_
- ☐ \_\_\_\_\_

**D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind**

- ☒ 223 Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223
- ☒ 236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- ☒ siehe 002 Stadt-FR (Nachweisliste VOB) \_\_\_\_\_
- ☐ \_\_\_\_\_

**1 Es ist beabsichtigt, die in beigefügter Leistungsbeschreibung bezeichneten Bauleistungen im Namen und für Rechnung**

der Stadt Freiburg

zu vergeben.

**Es ist beabsichtigt, die in beigefügtem Vertragsformular bezeichneten Instandhaltungsleistungen im Namen und für Rechnung**

zu vergeben.

**2 Kommunikation**

Die Kommunikation erfolgt

- ☒ elektronisch über die Vergabeplattform
- ☐ auf andere Weise (schriftlich/Textform)
- ☒ in Kombination: bis zur Angebotsöffnung elektronisch über die Vergabeplattform; danach schriftlich oder in Textform

Stelle

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Fax \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

**3 Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise)****3.1 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:**

- ☐ siehe Formblatt Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen
- ☒ siehe 002 Stadt-FR (Nachweisliste VOB) \_\_\_\_\_
- ☐ \_\_\_\_\_

**3.2 - frei -****3.3 Nachforderung**

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit dem Angebot gefordert war, werden

- ☐ nachgefordert.  
☒ teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:  
 siehe 002 Stadt-FR (Nachweisliste VOB)
- 

☐ nicht nachgefordert.

**3.4 Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen**

- ☐ siehe Formblatt Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen  
☒ siehe 002 Stadt-FR (Nachweisliste VOB)  
☐ \_\_\_\_\_
- 

**4 Losweise Vergabe**

- ☒ nein  
 ja, Angebote sind möglich für  
☐ alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)  
☐ eine maximale Anzahl an Losen: siehe Bekanntmachung oder Aufforderung zur Interessensbestätigung  
☐ nur ein Los

bei zugelassener Angebotsabgabe für mehr als ein Los:

- ☐ Beschränkung der Zahl der Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhalten kann  
☐ Höchstzahl: siehe Bekanntmachung bzw. Aufforderung zur Interessensbestätigung  
☐ Bedingungen zur Ermittlung derjenigen Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhält, falls sein Angebot in mehr Losen das wirtschaftlichste ist als der angegebenen Höchstzahl an Losen

**5 Mehrere Hauptangebote**

Die Abgabe von mehr als einem Hauptangebot ist

- ☒ zugelassen.  
 Werden mehrere Hauptangebote abgegeben, muss jedes aus sich heraus zuschlagsfähig sein.  
 § 13 EU Absatz 1 Nummer 2 VOB/A gilt für jedes Hauptangebot.  
☐ nicht zugelassen.

**6 Nebenangebote**

- 6.1** ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen, Nummer 4 der Teilnahmebedingungen EU gilt nicht.  
**6.2** ☐ Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nummer 4 der Teilnahmebedingungen EU) - ausgenommen Nebenangebote, die ausschließlich Preisnachlässe mit Bedingungen beinhalten -  
☐ für die gesamte Leistung  
☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:

☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

unter folgenden weiteren Bedingungen:

- ☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot  
☐

**7 Angebotswertung**

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

☒ Zuschlagskriterium Preis

Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.

Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen, Erstattungsbetrag aus der Lohngleitklausel, Instandhaltungsangeboten.

☐ Mehrere Zuschlagskriterien gemäß Formblatt Zuschlagskriterien

Werkstätten für Behinderte wird bei der Berechnung der Wertungssumme ein Bonus von 15 Prozent eingeräumt.

Ist ein Angebot, das von einer Werkstatt für Behinderte abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich wie ein anderes Angebot, so wird der Zuschlag auf das Angebot der Werkstatt für Behinderte erteilt.

Der Nachweis der Eigenschaft als Werkstätte für Behinderte ist mit dem Angebot zu führen.

**8 Zugelassene Angebotsabgabe**

☒ Elektronisch

☒ in Textform ☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel ☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

☐ Schriftlich

Das beigelegte Angebotsschreiben ist zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

☐ siehe Briefkopf

☐ Stelle:

Der Umschlag ist außen mit Namen (Firma) und Anschrift des Bieters und der Angabe

„Angebot für

Maßnahmennummer: 2026002804	Baumaßnahme: Rettungszentrum Hauptfeuerwache, Eschholzstraße 118a, 79115 Freiburg
Vergabenummer: 2026002804	Leistung: Mobile Trennwände, Rettungszentrum

”

zu versehen, ggf. unter Verwendung eines bereit gestellten Kennzettels.

**9 Behörde, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen wenden kann:**

Vergabekammer (§ 156 GWB, § 21 EU VOB/A):

Regierungspräsidium Karlsruhe

Kapellenstraße 17

76131 Karlsruhe

**10**

Bieterfragen sind bis spätestens 23.06.2026, 12:00 Uhr über die Vergabeplattform möglich - siehe Nr. 1 Formular VHB 212EU.



<b>Maßnahme/Objekt:</b>	Rettungszentrum Freiburg Gebäude H
<b>Leistung:</b>	Mobile Trennwände

## Zusammenstellung der vom Unternehmen einzureichenden Unterlagen

Einreichung der aufgeführten Unterlagen (Erklärungen, Angaben oder Nachweise) mittels

- *Eigenerklärungen, Präqualifikation oder Bescheinigungen*
- *Einheitlicher Europäischer Eigenerklärung (EEE), soweit die geforderten Angaben enthalten sind (EEE-Dienst: <https://eee.evergabe-online.de/>)*

Eigenerklärungen sind auf Verlangen des Auftraggebers durch entsprechende Bescheinigungen zu belegen. Bei ausländischen Unternehmen sind gleichwertige Nachweise zugelassen (Informationssystem eCERTIS unter <https://ec.europa.eu/tools/ecertis/search>).

Von allen vorgesehenen *Nachunternehmern* sind die Eignungsnachweise möglichst mit Angebotsabgabe bzw. spätestens auf Verlangen vorzulegen. Bei *Bietergemeinschaften* sind die Eignungsanforderungen grundsätzlich insgesamt zu erfüllen und nachzuweisen, sofern nicht ausdrücklich die Vorlage von jedem Mitglied gefordert wird.

Nachreichungen dürfen grundsätzlich nicht zu einer Änderung des Angebots führen (z.B. nachträgliche Eignungsleihe oder Bildung einer Bietergemeinschaft).

### a) Eignungsnachweise

Folgende Unterlagen sind möglichst **mit Angebotsabgabe bzw. spätestens auf Verlangen** einzureichen. Angebote, bei denen Unterlagen auf einmalige Nachforderung bzw. Anforderung nicht innerhalb der festgesetzten Frist von i.d.R. sechs Kalendertagen vorliegen, werden ausgeschlossen.

[illegible]

## b) Sonstige Unterlagen

Folgende Unterlagen sind möglichst **mit Angebotsabgabe bzw. spätestens auf Verlangen** einzureichen. Angebote, bei denen Unterlagen auf einmalige Nachforderung bzw. Anforderung nicht innerhalb der festgesetzten Frist vorliegen, werden ausgeschlossen.

Nr.	Unterlagen (Erklärung, Angaben, Nachweise)	auf Verlangen	mit Angebotsabgabe
1.	<b>Bietertextergänzungen bzw. -angaben</b> (z.B. Fabrikate, technische Werte), sofern in der Leistungsbeschreibung gefordert.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
2.	<b>Bei Besteuerung mit geringeren Umsatzsteuer-/ Durchschnittssätzen</b> Angabe der Steuersätze sowie Vorlage eines Nachweises gemäß Nr. 4 Formblatt 212/212EU Stadt-FR.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
3.	<b>Bei bevorzugten Bietern</b> Nachweis der Eigenschaft, z.B. als Werkstätte für behinderte Menschen.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
4.	<b>Bei Abgabe von Nebenangeboten</b> , sofern diese zugelassen sind, Nachweis der Erfüllung der Mindestanforderungen bzw. der Gleichwertigkeit.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5.	<b>Gleichwertigkeitsnachweise</b> (z.B. Datenblätter).	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
6.	<b>Aufgliederung von Preisen mit VHB-Formblatt 221/222/223.</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.	<b>Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz.</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8.	<b>Urkalkulation</b> gemäß Nr. 10.22 Formblatt 214 Stadt-FR.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

## c) Zwingende Unterlagen mit Angebotsabgabe **(kein Nachreichen möglich!)**:

Folgende Unterlagen sind zwingend mit dem Angebot einzureichen. In diesen Fällen ist gemäß VOB/A keine Nachreichung zugelassen bzw. wird auf das Recht der Nachforderung verzichtet. Dies gilt insbesondere für Unterlagen, anhand derer die Zuschlagskriterien bewertet werden. Die Bewertung erfolgt ausschließlich anhand der bis zum Ablauf der Angebotsfrist eingereichten Unterlagen.

Unterlagen (Erklärung, Angaben, Nachweise)
--

## Teilnahmebedingungen für die Vergabe von Bauleistungen

### Einheitliche Fassung

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen", Teil A "Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen" (VOB/A, Abschnitt 2).

#### 1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

#### 2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

#### 3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbstgefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden
- und

- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

#### 4 Nebenangebote

4.1 Nebenangebote müssen die geforderten Mindestanforderungen erfüllen; dies ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Bauleistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

- 4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

## 5 Bietergemeinschaften

- 5.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
  - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
  - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
  - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte/mit Siegel versehene Erklärung abzugeben.

- 5.2 Sofern nicht im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

## 6 Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsleihe)

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung“ abzugeben.

Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

## 7 Eignung

- 7.1 Offenes Verfahren

**Präqualifizierte Unternehmen** führen den Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von anderen Unternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

**Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- **Entweder** die ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung“, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise
  - **Oder** eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)
- vorzulegen.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen gemäß Nummer 7 sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Sind die anderen Unternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

## 7.2 Nichtoffene Verfahren, Verhandlungsverfahren

Ist der Einsatz von anderen Unternehmen vorgesehen, müssen **präqualifizierte Unternehmen** der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen nachweisen, dass die von ihnen vorgesehenen anderen Unternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifizierung erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot **nicht präqualifizierter Unternehmen** in die engere Wahl, sind auf gesondertes Verlangen die in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen vorzulegen. Ist der Einsatz von anderen Unternehmen vorgesehen, müssen die Eigenerklärungen und Bescheinigungen auch für die benannten anderen Unternehmen vorgelegt bzw. die Nummern angegeben werden, unter denen die benannten anderen Unternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte andere Unternehmen) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist.



## Weitere Teilnahmebedingungen Stadt Freiburg

### Inhaltsübersicht:

- |  |   |
|--|---|
| 1. Urheberrechte an den Vergabeunterlagen          | 6. Verpflichtungen nach dem Allgemeinen                 |
| 2. Eigene Bedingungen des Bieters/ Auftragsnehmers | Gleichbehandlungsgesetz (AGG)                           |
| 3. Steuersätze                                     | 7. Verwendung von Produkten mit Umweltgütezeichen       |
| 4. Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen            | 8. Nachunternehmen und Eignungsleihe                    |
| 5. Tariftreue- und Mindestlohnverpflichtungen      | 9. Leistungen im eigenen Betrieb (Stammpersonalklausel) |

#### 1. Urheberrechte an den Vergabeunterlagen

An den Vergabeunterlagen (Leistungsbeschreibung, Pläne, etc.) können Urheberrechte des Erstellers bestehen. Eine Verwendung der Unterlagen ist nur im Rahmen des Verfahrens und der Auftragsausführung zulässig.

#### 2. Eigene Bedingungen des Bieters/Auftragsnehmers

Es gelten ausschließlich die Bedingungen der Vergabeunterlagen des Auftraggebers. Etwaige eigene Bedingungen des Bieters/Auftragnehmers, insbesondere Liefer-, Vertrags-, Zahlungsbedingungen und Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB), werden nicht Vertragsbestandteil. Dies gilt auch für Binde- und Ausführungsfristen des Bieters, die von den Vergabeunterlagen abweichen, sowie für Angebote, die vom Bieter als „unverbindlich“, „freibleibend“ oder ähnliches erklärt werden und die hierdurch die Angebotspreise als verbindliche Festpreise in Fragen stellen sollen.

#### 3. Steuersätze

Bieter, die nach geringeren Umsatzsteuer-/Durchschnittssätzen besteuert werden (z.B. Werkstätten für behinderte Menschen, land- oder forstwirtschaftliche Betriebe), müssen die Steuersätze mit Angebotsabgabe angeben. Andernfalls werden sie in der Angebotswertung nur mit dem allgemeinen Steuersatz berücksichtigt. Ein entsprechender Nachweis des Finanzamtes oder einer entsprechenden behördlichen Stelle des Herkunftslandes ist mit dem Angebot, spätestens auf Verlangen, vorzulegen.

#### 4. Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen

Im Rahmen der Auftragsausführung dürfen nur Produkte verwendet werden, die unter Beachtung der in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) festgelegten Mindeststandards hergestellt und/oder verarbeitet wurden. Die Einhaltung dieser Forderung mit Formular 004 Stadt-FR stellt eine Eignungsvoraussetzung und Ausführungsbedingung für den Bieter und ggf. vorgesehene Nachunternehmen dar.

Zur Kontrolle der Einhaltung sind spätestens auf Verlangen entsprechende Nachweise vom Bieter und Nachunternehmer vorzulegen (z.B. Entgeltabrechnungen, Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, Preisaufgliederungen).

#### 5. Tariftreue- und Mindestlohnverpflichtungen

Die Abgabe der Verpflichtungserklärung zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg -LTMG- mit Formular 007 Stadt-FR stellt eine Eignungsvoraussetzung und Ausführungsbedingung für den Bieter und ggf. vorgesehene Nachunternehmen dar. Die weiteren Verpflichtungen im Rahmen der Ausführung der Leistungen ergeben sich aus den Besonderen Vertragsbedingungen zum LTMG mit Formular 007 Stadt-FR (Mindestlohn LTMG-BVB).

6. Verpflichtungen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)  
Der Bieter verpflichtet sich, im Auftragsfalle das eingesetzte Personal entsprechend den gesetzlichen Verpflichtungen nach dem AGG gleich zu behandeln und dabei insbesondere eine gleiche Entlohnung, unabhängig vom Geschlecht, zu gewährleisten. Verstöße können zu einer fristlosen Kündigung und/oder zu einem Ausschluss bei künftigen Vergabeverfahren führen.
7. Verwendung von Produkten mit Umweltgütezeichen  
Soweit Produkte auf dem Markt erhältlich sind, die nach einem allgemein anerkannten Energie- oder Umweltgütezeichen zertifiziert sind (z.B. Blauer Engel, EnergieStar), sollen vorrangig solche Produkte angeboten und verwendet werden.
8. Nachunternehmen und Eignungsleihe  
Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an Nachunternehmer übertragen, die leistungsfähig sind und ihren gesetzlichen Verpflichtungen insbesondere zur Zahlung von Mindestlöhnen, Steuern und Sozialabgaben nachgekommen. Die Angaben sind möglichst mit Angebotsabgabe bzw. spätestens auf Verlangen einzureichen.  
Beabsichtigt der Bieter sich bei der Erfüllung eines Auftrags im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen (Eignungsleihe), so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in den Formularen VHB 233 (z.B. mit Zusatz „Eignungsleihe“) bzw. 235 und 236 entsprechend benennen. Bei Inanspruchnahme einer Eignungsleihe sind die Angaben bereits mit dem Angebot zu benennen. Eine nachträgliche Benennung ist nicht möglich.
9. Leistungen im eigenen Betrieb (Stammpersonalklausel)  
Bei Öffentlichen/Beschränkten Ausschreibungen ist der Bieter verpflichtet, von den Leistungen (einschließlich künftiger etwaiger Nachträge), auf die sein Betrieb eingerichtet ist, mindestens ca. 70 Prozent im eigenen Betrieb auszuführen. Dies bedeutet, dass die nach § 4 Abs. 8 Nr. 1 Satz 2 VOB/B erforderliche schriftliche Zustimmung des Auftraggebers zur Weitergabe der Leistungen an Nachunternehmer nur in Aussicht gestellt wird, wenn diese Vorgabe eingehalten und nur ca. 30 Prozent der Leistungen, auf die sein Betrieb eingerichtet ist, an geeignete Nachunternehmen vergeben werden.  
Der Bieter hat hierzu im Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (Formular VHB 233) sowie auf Verlangen entsprechende bzw. nähere Angaben zu machen. Sofern die o.g. Anforderungen an die Leistungsausführung im eigenen Betrieb nicht erfüllt werden oder sofern der Bieter im Rahmen der Aufklärung nicht mitwirkt, führt dies zum Ausschluss des Angebots.  
Des Weiteren ist Nr. 10.2 der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen (Formular 214 Stadt-FR) zu beachten.

- Ende der Weiteren Teilnahmebedingungen -

Name und Anschrift des Bieters  
(Firmenname lt. Handelsregister)

Ort:  
Datum:  
Tel.:  
Fax:  
e-mail:  
USt.-ID-Nr.:  
HR-Nr.:  
Registergericht:  
BlmA-Nummer:

(Name und Anschrift der Vergabestelle)

**Stadt Freiburg i. Br. - Vergabemanagement**  
Vergabemanagement  
Fehrenbachallee 12  
79106 Freiburg im Breisgau  
Deutschland

## Angebotsschreiben

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer

Baumaßnahme

2026002804

Rettungszentrum Hauptfeuerwache, Eschholzstraße 118a, 79115 Freiburg

Vergabenummer

Leistung

2026002804

Mobile Trennwände, Rettungszentrum

### Anlagen<sup>1</sup>, die Vertragsbestandteil werden

- ☐ Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm (Kurz- oder Langfassung) mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen
- ☐ Vertragsformular für Instandhaltung mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen
- ☐ 224 Lohnleitklausel - Berechnung des Änderungssatzes
- ☐ 233 Nachunternehmerleistungen
- ☐ 234 Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ Nebenangebot(e)
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐

### Anlagen<sup>1</sup>, die der Angebotserläuterung dienen, ohne Vertragsbestandteil zu werden

- ☐ 124 Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- ☐ 221 oder 222 Angaben zur Preisermittlung
- ☐
- ☐

<sup>1</sup> vom Bieter anzukreuzen und beizufügen



- 1** Ich/Wir biete(n) die Ausführung der oben genannten Leistung zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an.  
An mein/unser Angebot halte(n) ich/wir mich/uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.

- 2** Die Angebotsendsumme des Hauptangebotes gem. Leistungsbeschreibung beträgt einschl. Umsatzsteuer

Euro

- 2.1** Die Gesamtsumme der jährlichen Vergütung gem. Instandhaltungsvertrag<sup>2</sup> beträgt einschl. Umsatzsteuer

Werte werden automatisch ausgefüllt!

Euro\*

\* nur ausfüllen, wenn den Vergabeunterlagen ein Instandhaltungsvertrag beiliegt

- 3** Anzahl der Nebenangebote

St.

- 4** Preisnachlass ohne Bedingung auf die Abrechnungssumme für Haupt- und alle Nebenangebote<sup>3</sup> sowie auf die Preise für angeordnete Leistungen, die auf Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind

%

Werte werden automatisch ausgefüllt!

- 5** Bestandteil meines/unseres Angebots sind neben diesem Angebotsschreiben und seinen Anlagen:

- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B), Ausgabe 2016,
- Unterlagen gem. Aufforderung zur Angebotsabgabe, Anlagen – Teil B

- 6** ☐ Ich bin/Wir sind für die zu vergebende Bauleistung präqualifiziert und im Präqualifikationsverzeichnis eingetragen unter Nummer:

Name: \_\_\_\_\_

PQ\_Nummer: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

PQ\_Nummer: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

PQ\_Nummer: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

PQ\_Nummer: \_\_\_\_\_

- ☐ Ich bin/Wir sind kleines oder mittleres Unternehmen – KMU - (< 250 Beschäftigte und ≤ 50 Mio Euro Jahresumsatz bzw. ≤ 43 Mio Jahresbilanzsumme).<sup>4</sup>

- 7** Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ ich/wir alle Leistungen im eigenen Betrieb ausführen werde(n).
- ☐ ich/wir die Leistungen, die nicht im Verzeichnis Nachunternehmerleistungen bzw. Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmer aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werde(n).

<sup>2</sup> Bei mehreren Instandhaltungsverträgen ist die Summe der jährlichen Vergütungen einzutragen.

<sup>3</sup> Preisnachlass gilt nicht für Instandhaltungsangebot

<sup>4</sup> Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.

**8 Ich/Wir erkläre(n), dass**

- ich/wir den Wortlaut der vom Auftraggeber verfassten Langfassung des Leistungsverzeichnisses als alleinverbindlich anerkenne(n).
- mir/uns zugewandene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand meines/unseres Angebotes sind.
- ein nach der Leistungsbeschreibung ggf. zu benennender Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator gemäß Baustellenverordnung und dessen Stellvertreter über die nach den „Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen; geeigneter Koordinator (Konkretisierung zu § 3 BaustellV) (RAB 30)“ geforderte Qualifikation verfügen, um die nach Baustellenverordnung übertragenen Aufgaben fachgerecht zu erfüllen.
- das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten und von mir/uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typbezeichnung) eingetragen wurden.
- falls von mir/uns mehrere Nebenangebote abgegeben wurden, mein/unser Angebot auch die Kumulation der Nebenangebote, die sich nicht gegenseitig ausschließen, umfasst.
- ich/wir einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 Prozent der Bruttoabrechnungssumme dieses Vertrages entrichten werde, falls ich/wir aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen habe(n), die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, es sei denn, ich/wir weise(n) einen geringeren Schaden nach.
- ich/wir jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf eine vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich in Textform mitteilen.

Unterschrift (bei schriftlichem Angebot)

**Ist**

- bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar,
- ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben oder
- ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/mit elektronischem Siegel versehen,

**wird das Angebot ausgeschlossen.**

## Eigenerklärung für nicht präqualifizierte Unternehmen in folgendem Vergabeverfahren

Maßnahmennummer  
2026002804

Vergabenummer  
2026002804

Vergabeart

☐ Öffentliche Ausschreibung  
☐ Beschränkte Ausschreibung  
☐ Freihändige Vergabe

☒ Offenes Verfahren  
☐ Nichtoffenes Verfahren  
☐ Verhandlungsverfahren  
☐ Wettbewerblicher Dialog

☐ Internationale NATO-Ausschreibung

Baumaßnahme

Rettungszentrum Hauptfeuerwache, Eschholzstraße 118a, 79115 Freiburg

Leistung

Mobile Trennwände, Rettungszentrum

- ☐ Bewerber\*)  
☐ Bieter\*)  
☐ Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft\*)  
☐ Nachunternehmer\*)  
☐ anderes Unternehmen\*)

Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen

Euro

Euro

Euro

*Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind*

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten fünf Kalenderjahren bzw. dem in der Auftragsbekanntmachung angegebenen Zeitraum<sup>1</sup> vergleichbare Leistungen ausgeführt habe/haben.

Bei einem Teilnahmewettbewerb füge(n) ich/wir meinem/unserem **Teilnahmeantrag** eine Referenzliste bei.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir drei Referenznachweise mit mindestens folgenden Angaben vorlegen:

Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung

\*) zutreffendes ankreuzen

<sup>1</sup> Der längere Zeitraum ist maßgebend.

**Angaben zu Arbeitskräften**

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal angeben.

**Registereintragungen**

Ich bin/Wir sind

- ☐ im Handelsregister eingetragen.
- ☐ für die auszuführenden Leistungen in die Handwerksrolle eingetragen.
- ☐ bei der Industrie- und Handelskammer eingetragen.
- ☐ zu keiner Eintragung in die genannten Register verpflichtet.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung vorlegen:

Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer

**Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation**

- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
- ☐ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

**Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber oder Bieter in Frage stellt**

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 6e EU VOB/A vorliegen.
- ☐ ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.
- ☐ für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 6e EU Absatz 6 VOB/A vorliegt.
- ☐ zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 6e EU Absatz 1 bis 4 VOB/A vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wieder hergestellt wurde.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

**Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung**

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse<sup>2</sup>, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen<sup>3</sup> sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorlegen.

<sup>2</sup> soweit mein Betrieb beitragspflichtig ist

<sup>3</sup> soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt

*Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft*

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

(Ort, Datum, Unterschrift)<sup>4</sup>

<sup>4</sup> nur erforderlich, wenn diese Eigenerklärung nicht Bestandteil eines unterschriebenen Angebotes ist

## Erklärung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen

Im Rahmen der Auftragsausführung dürfen nur Produkte verwendet werden, die unter Beachtung der in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) festgelegten Mindeststandards hergestellt und/oder verarbeitet wurden. Die Einhaltung dieser Forderungen stellt eine Eignungsvoraussetzung und Ausführungsbedingung dar.

Die Mindeststandards ergeben sich aus folgenden ILO-Konventionen:

- Nr. 87: Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechts,
- Nr. 98: Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen,
- Nr. 29 und 105: Zwangsarbeit, Abschaffung der Zwangsarbeit,
- Nr. 100: Gleichheit des Entgelts für Frauen und Männer für gleichwertige Arbeit,
- Nr. 111: Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf),
- Nr. 138: Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung,
- Nr. 155: Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt
- Nr. 182: Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit,
- Nr. 187: Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz

Weitere Informationen hierzu unter [www.ilo.org](http://www.ilo.org)

Von der Nichteinhaltung der Mindeststandards können insbesondere folgende Produkte betroffen sein:

- Landwirtschaftliche Produkte (z.B. Kaffee, Tee, Kakao, Reis, Zucker, Orangensaft, Pflanzen),
- Teppiche, Leder, Textilien (z.B. Arbeitskleidung, Schutzkleidung),
- Produkte aus Naturkautschuk (z.B. Arbeitshandschuhe),
- Spielwaren und Sportartikel (z.B. Bälle),
- Natursteine und Pflastersteine,
- Billigprodukte aus Holz,
- Elektronische Produkte, Geräte, Bauteile,
- Produkte, die in einem „Niedriglohnland“ hergestellt bzw. verarbeitet wurden.

### Erklärung / Nachweis zur Einhaltung der Mindeststandards:

Ich versichere, dass verwendete Produkte unter Einhaltung der in den o.g. ILO-Konventionen festgelegten Mindeststandards hergestellt und/oder verarbeitet wurden bzw. werden sowie ggf. eingesetzte Nachunternehmen dementsprechend verpflichtet werden.

Zum Nachweis ist dem Angebot beigelegt bzw. werde ich spätestens auf Verlangen vorlegen:

- a) eine bzw. mehrere unabhängige Zertifizierung/en mit Bestätigung der Einhaltung der Mindeststandards der o.g. ILO-Konventionen (z.B. ein Fair-Handels-Siegel, Rugmark-Siegel, Xertifix-Siegel, Flower-Label oder gleichwertig) oder
- b) entsprechende Verhaltensregeln und/oder Beschreibungen über eingeleitete Maßnahmen zur Einhaltung der ILO-Konventionen des Unternehmens und/oder des Lieferanten bzw. Herstellers.

Ich bin mir bewusst, dass die Nichteinhaltung der o.a. Verpflichtungen und/oder eine wissentlich falsche Erklärung den Ausschluss -auch von weiteren Vergabeverfahren- bzw. eine fristlose Kündigung zur Folge haben kann und Verstöße von Nachunternehmen meinem Unternehmen zugerechnet werden.

Unterzeichnung dieser Erklärung

→ **als Bieter:** gilt mit der Angebotsabgabe über das Vergabeportal als erklärt und unterzeichnet.

→ ☐ **als Nachunternehmen:** anzukreuzen und unten zu unterschreiben.

→ ☐ **als Mitglied einer Bietergemeinschaft:** anzukreuzen und unten zu unterschreiben.

Name des Unternehmens:

Datum, Unterschrift:

---

---

## Verpflichtungserklärung

### zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in B.-W. (LTMG)

Die Abgabe der Erklärung ist Voraussetzung für eine Beauftragung von Bau- und Dienstleistungen in Baden-Württemberg ab 20.000,- € netto durch einen öffentlichen Auftraggeber (Eignungsvoraussetzung und Ausführungsbedingung). Ausgenommen vom LTMG sind Auszubildende sowie Aufträge an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen und anerkannte Blindenwerkstätten (§ 4 Abs. 1 LTMG).

Unabhängig von den Regelungen des LTMG sind die Mindestlohnregelungen nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) und dem Tarifvertragsgesetz (TVG) zu beachten sowie die danach erlassenen Rechtsverordnungen und die allgemein verbindlich erklärten Tarifverträge.

Ich erkläre unter Beachtung der beigefügten besonderen Vertragsbedingungen,

- dass ich meinen Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewähren werde, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages bzw. der Rechtsverordnung entsprechen, an den mein Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) gebunden ist (Tariftreue nach § 3 LTMG).
- dass ich meinen Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung folgendes Mindestentgelt nach § 4 LTMG bezahle:
  - welches mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht (ab 01.01.2026: 13,90 €, ab 01.01.2027: 14,60 € jeweils brutto/Stunde) bzw.
  - ein darüberhinausgehendes höheres Mindestentgelt, soweit sich dies aus den Bestimmungen nach dem MiLoG, AEntG, TVG oder AÜG ergibt und mein Unternehmen aufgrund dieser Regelungen daran gebunden ist (Günstigkeitsprinzip).

Hinweis: Die Regelung bezieht sich nicht auf Beschäftigte, die bei einem Unternehmen oder Nachunternehmen im EU-Ausland tätig sind und die Leistung ausschließlich dort erbringen. In diesem Falle ist eine entsprechende Erklärung ausreichend.

- sicherzustellen, dass beauftragte Nach- und Verleihunternehmen und deren Nach- und Verleihunternehmen (z.B. Subsubunternehmen) ebenso die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen und insbesondere ihren Beschäftigten mindestens das sich aus den vorgenannten Regelungen ergebende Entgelt bezahlen.
- dass ich mir eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne von einem beauftragten Nach- oder Verleihunternehmen sowie von deren Nach- und Verleihunternehmen abgeben lasse und diese dann dem Auftraggeber vorlegen werde.
- die vorgenannten Regelungen sowie die dazugehörigen Besonderen Vertragsbedingungen einzuhalten.
- dass ich in den letzten drei Jahren nicht wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG mit einer Kündigung oder Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin und damit nicht die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Auftragsvergabe nach § 19 MiLoG vorliegen sowie auch nicht mit einer Geldbuße nach § 23 AEntG oder § 16 AÜG belegt worden bin.
- dass ich in den letzten drei Jahren nicht wegen eines Verstoßes gegen das LTMG oder sonstige Mindestlohnregelungen der Bundesländer (z.B. TVgG NRW, etc.) oder meines Herkunftslandes mit einer Geldbuße, einem Ausschluss oder einer Kündigung belegt worden bin.

Unterzeichnung dieser Erklärung

→ als Bieter: gilt mit der Angebotsabgabe über das Vergabeportal als erklärt und unterzeichnet.

→ ☐ als Nachunternehmen: anzukreuzen und unten zu unterschreiben.

→ ☐ als Mitglied einer Bietergemeinschaft: anzukreuzen und unten zu unterschreiben.

Name des Unternehmens:

Datum, Unterschrift:

## Besondere Vertragsbedingungen zum Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg (LTMG)

Die Verpflichtungen gemäß dem LTMG und der Erklärung mit Formular 007 Stadt-FR (Mindestlohn LTMG) sind Vertragsbedingung und werden im Auftragsfalle Vertragsbestandteil. Die Nichteinhaltung und/oder eine wissentlich falsche Erklärung kann den Ausschluss -auch von weiteren Vergabeverfahren- bzw. eine fristlose Kündigung zur Folge haben.

### 1. Mindestentgelte

Das Bruttoentgelt ist ohne Zuschläge und ohne darüberhinausgehende Entgeltbestandteile, wie zusätzliches Monatsentgelt, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen oder Aufwendungen des Arbeitgebers zur Altersversorgung zu ermitteln (§ 4 Abs. 1 LTMG).

### 2. Nach- und Verleihunternehmen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

- (1) seine Nach- und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen und dabei insbesondere auf die erforderliche Eignung und gewerbsmäßige Voraussetzungen zu achten (inkl. der Erlaubnis und Berechtigung des Verleihers nach § 1 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes -AÜG- sowie im Bereich des Baugewerbes zusätzlich nach § 1 b des AÜG).
- (2) Nach- und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.
- (3) dem Auftraggeber eine vorgesehene Beauftragung von Nach- und Verleihunternehmen anzuzeigen (§ 4 Absatz 8 VOB/B bzw. § 4 Nr. 4 VOL/B bleibt davon unberührt).

### 3. Kontrollen und Nachweise

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

- (1) dem Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG jederzeit nachzuweisen sowie diesem zur Kontrolle ein entsprechendes Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Abs. 1 LTMG einzuräumen.
- (2) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern.
- (3) dem Auftraggeber insbesondere Entgeltabrechnungen, abgeschlossene Verträge zwischen Auftragnehmer und Nach- und Verleihunternehmen, Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie sonstige Unterlagen vorzulegen, aus denen Umfang, Art, Dauer und tatsächliche Entlohnung von Beschäftigungsverhältnissen hervorgehen oder abgeleitet werden können.
- (4) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit von entsprechenden Kontrollen hinzuweisen.
- (5) bei beauftragten Nach- und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen, dass diese die Verpflichtungen gemäß den Absätzen (1) bis (4) einhalten und dem Auftraggeber ebenso ein Auskunfts- und Prüfrecht einräumen sowie auf Verlangen entsprechende Nachweise und Erläuterungen vorlegen.

### 4. Sanktionen / Vertragsstrafe (Ergänzung zu Nr. 2 Formular VHB 214 bzw. Nr. 4 Formular VHB 634)

- (1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe ein Prozent, bei mehreren Verstößen bis zu fünf Prozent des Auftragswertes beträgt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch ein vom Auftragnehmer eingesetztes Nach- oder Verleihunternehmen begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Im Übrigen gelten für den Fall, dass die Vertragsstrafe unverhältnismäßig hoch ist, die Bestimmungen des § 8 Absatz 1 Satz 4 und 5 LTMG. Ist aus anderen Gründen eine Vertragsstrafe zu entrichten, so wird für alle Verstöße aus dem Auftrag/Vertrag die Vertragsstrafe auf insgesamt maximal fünf Prozent des Auftragswertes begrenzt.
- (2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen (§ 8 Absatz 2 LTMG).
- (3) Die Bestimmungen des § 11 VOB/B bzw. § 11 VOL/B bleiben hiervon unberührt.
- (4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie von beauftragten Nach- und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihren Auftragsvergaben ausschließen (§ 8 Absatz 3 LTMG).
- (5) Der Auftraggeber informiert die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 23 AEntG zuständigen Stellen über Verstöße der Unternehmen gegen die Verpflichtungen des § 3 Absätze 1 und 2 LTMG (§ 8 Absatz 4 LTMG).

### 5. Informationen zum LTMG

Beim Regierungspräsidium Stuttgart ist eine [Servicestelle und Internetseite](#) mit Informationen zum LTMG eingerichtet.



## Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktionen der EU gegen russische Unternehmen / Personen / Lieferanten (Auftragsverbot)

gemäß Artikel 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) 2022/576 vom 08.04.2022  
(5. EU-Sanktionspaket) zur Änderung der Verordnung (EU) 833/2014 (s. Rückseite)

Ich erkläre unter Beachtung der beigefügten Verordnung,

1. dass ich nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen mit einem Bezug zu Russland im Sinne der o. g. Verordnung zähle:
  - a) russische Staatsangehörige/r in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, oder
  - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen gehalten werden, oder
  - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen handelt.
2. dass im Auftragsfalle und im Rahmen der Ausführung keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer (in Form von Kapazitäten Dritter oder als Eignungsleihe) oder Lieferanten beteiligt sein werden (soweit deren Anteil mehr als 10% des Auftragswertes beträgt).
3. dass das Unternehmen, welches ich vertrete sowie die Unternehmen, die Mitglieder unseres Konsortiums sind oder deren Subunternehmer, nicht Gegenstand von EU-Sanktionen sind, wie bspw. die in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 aufgeführten Personen, und sich auch nicht im Eigentum oder unter der Kontrolle der aufgeführten Personen befinden. Das Kriterium, das bei der Beurteilung zu berücksichtigen ist, ob sich eine juristische Person oder Organisation im Eigentum einer anderen Person oder Organisation befindet, ist der Besitz von mehr als 50% der Eigentumsrechte an einer Organisation oder eine Mehrheitsbeteiligung an dieser.

Ich bin mir bewusst, dass die Nichteinhaltung der o. a. Verpflichtungen und/oder eine wissentlich falsche Erklärung den Ausschluss -auch von weiteren Vergabeverfahren- bzw. eine fristlose Kündigung zur Folge haben kann und Verstöße von Nachunternehmen meinem Unternehmen zugerechnet werden.

Bei der Abgabe durch eine Bewerber-/Bietergemeinschaft ist diese Erklärung von jedem Mitglied vorzulegen. Von Nachunternehmen oder Lieferanten sind spätestens auf Verlangen die Eigenerklärungen abgeben zu lassen und der Auftraggeberin vorzulegen.

Auf Verlangen sind entsprechende Nachweise zur Bestätigung der Eigenklärungen vorzulegen.

Unterzeichnung dieser Erklärung

→ als **Bieter**: gilt mit der Angebotsabgabe über das Vergabeportal als erklärt und unterzeichnet.

→ ☐ als **Nachunternehmen**: anzukreuzen und unten zu unterschreiben.

→ ☐ als **Mitglied einer Bietergemeinschaft**: anzukreuzen und unten zu unterschreiben.

Name des Unternehmens:

Datum, Unterschrift:

[VERORDNUNG \(EU\) 2022/576](#) des Rates vom 8. April 2022  
zur Änderung der Verordnung (EU) [833/2014](#) über restriktive Maßnahmen angesichts der  
Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren

Artikel 5k lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie [2014/23/EU](#) ([Konzessions-Richtlinie](#)), unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie [2014/24/EU](#) ([Vergaberichtlinie](#)), unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie [2014/25/EU](#) ([Sektoren-Richtlinie](#)) und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie [2009/81/EG](#) fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben ([Zuschlags-/Auftragsverbot](#)) bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen ([Vertragserfüllungsverbot](#)):

a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

(Hinweis: Dies gilt auch, wenn die betroffene Person neben der russischen Staatsangehörigkeit eine weitere Staatsangehörigkeit innehat, einschließlich einer EU-Staatsangehörigkeit.)

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen,

e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder

f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer <b>2026002804</b>	Baumaßnahme <b>Rettungszentrum Hauptfeuerwache, Eschholzstraße 118a, 79115 Freiburg</b>
Vergabenummer <b>2026002804</b>	Leistung <b>Mobile Trennwände, Rettungszentrum</b>

**Erklärung der Bieter- /Arbeitsgemeinschaft**

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft,

**Bevollmächtigter Vertreter**

Mitglied \_\_\_\_\_

USt-ID: \_\_\_\_\_

**Weitere Mitglieder**

Mitglied \_\_\_\_\_

USt-ID: \_\_\_\_\_

Mitglied \_\_\_\_\_

USt-ID: \_\_\_\_\_

Mitglied \_\_\_\_\_

USt-ID: \_\_\_\_\_

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden und erklären<sup>1</sup>, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

_____	_____	_____
Ort	Datum	Unterschrift

_____	_____	_____
Ort	Datum	Unterschrift

_____	_____	_____
Ort	Datum	Unterschrift

_____	_____	_____
Ort	Datum	Unterschrift

<sup>1</sup> Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben, Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

Bieter	Vergabenummer	Datum
	2026002804	
Baumaßnahme		
Rettungszentrum Hauptfeuerwache, Eschholzstraße 118a, 79115 Freiburg		
Leistung		
Mobile Trennwände, Rettungszentrum		

### Ergänzung des Angebotsschreibens

#### Verzeichnis über Art und Umfang der Leistungen, für die sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns anderer Unternehmen bedienen werde(n).

OZ/Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen

In Hinsicht auf meine/unsere wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	
Name des Unternehmens	Angabe zu der von diesem Unternehmen überlassenen Eignung

Bewerber/Bieter	Vergabenummer	Datum
	2026002804	
<b>Baumaßnahme</b> Rettungszentrum Hauptfeuerwache, Eschholzstraße 118a, 79115 Freiburg		
<b>Leistung</b> Mobile Trennwände, Rettungszentrum		

Name, gesetzlicher Vertreter, Kontaktdaten des sich verpflichtenden Unternehmens
--

### Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter diesem mit den erforderlichen Kapazitäten meines/unseres Unternehmens für den/die nachfolgenden Leistungsbereich(e) zur Verfügung zu stehen.

OZ/Leistungsbereich	Beschreibung der (Teil)Leistungen

(Ort, Datum, Unterschrift)

- ☐ Der Bewerber bzw. Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit meines/unseres Unternehmens in Anspruch. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.<sup>1</sup>

(Ort, Datum, Unterschrift)

Anmerkung: Sofern Verpflichtungserklärungen in Kopie oder als Telefax vorgelegt werden, behält sich die Vergabestelle vor, die Originale zu verlangen.

<sup>1</sup> Diese Erklärung muss abgegeben werden, wenn sie in den Teilnahmebedingungen gefordert ist.

	Vergabenummer	
	2026002804	
Baumaßnahme Rettungszentrum Hauptfeuerwache, Eschholzstraße 118a, 79115 Freiburg		
Leistung Mobile Trennwände, Rettungszentrum		

**Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots**  
**Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen**

**Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Bau- und Abbruchabfällen sowie Baustellenabfällen**

**1 Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots**

- 1.1 Wird für die Verwertung bzw. Beseitigung der Bau- und Abbruchabfälle eine andere als die in der Leistungsbeschreibung genannte Lösung der Verwertung bzw. Beseitigung angeboten, hat der Bieter mit seinem Angebot mindestens nachzuweisen, dass
- die vorgesehene Anlage die Berechtigung zur Verwertung und Beseitigung sowie zur Aufnahme des Abfalls besitzt und der Betreiber bestätigt hat, dass er die Bau- und Abbruchabfälle annehmen wird,
  - bei Andienungspflicht (in der Regel gefährliche Abfälle zur Beseitigung) die Bestätigung der Abfallwirtschaftsbehörde vorliegt,
  - die Kosten der Abfallverwertung in die Einheitspreise eingerechnet sind,
  - die Kosten der Abfallbeseitigung benannt sind und vom Auftraggeber unmittelbar getragen werden können.
- 1.2 Soweit in den Vergabeunterlagen gefordert, hat der Bieter zu dem von der Vergabestelle benannten Zeitpunkt die Verwertungs- bzw. Beseitigungsträger sowie für die jeweiligen Belastungsarten und Belastungsgrade die Verwertungs- und Beseitigungsanlage zu benennen und nachzuweisen, dass
- die Verwertungs- bzw. Beseitigungsträger zur Aufnahme des Bau- und Abbruchabfalls berechtigt sind und erklären, die Bau- und Abbruchabfälle abzunehmen,
  - die Verwertungs- bzw. Beseitigungsträger sich damit einverstanden erklären, dass die Abfallwirtschaftsbehörde dem Auftraggeber Auskunft über ihre Eignung zur Durchführung einer ordnungsgemäßen Abfallentsorgung erteilt,
  - die Anzeige nach § 53 KrWG erfolgt ist bzw.
  - die erforderliche Erlaubnis (§ 54 KrWG) vorliegt.

**2 Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen**

- 2.1 Der Auftragnehmer wird sich bemühen, bei der Erbringung seiner Leistung Abfälle zu vermeiden (Bemühensklausel).
- 2.2 Der Auftragnehmer wird mit Aufnahme seiner Tätigkeit Abfallerzeuger und zugleich Besitzer der in der Leistungsbeschreibung näher aufgeführten Bau- und Abbruchabfälle. Er übernimmt die Pflichten des Auftraggebers zur Verwertung und Beseitigung der Bau- und Abbruchabfälle unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen, insbesondere abfallrechtlichen Bestimmungen sowie der anerkannten Regeln der Technik. Er führt die von ihm zu erbringenden Nachweise entsprechend dem Kreislaufwirtschaftsgesetz in Verbindung mit der Nachweisverordnung (NachwV).
- 2.3 Der Auftragnehmer trifft alle erforderlichen Vorkehrungen, um Bau- und Abbruchabfälle nach den geltenden Vorschriften getrennt zu erfassen und zu halten sowie einer sachgerechten Entsorgung zuzuführen.
- 2.4 Die nach den abfallrechtlichen Bestimmungen zum Nachweis einer ordnungsgemäßen Entsorgung erforderlichen Erklärungen, Bestätigungen, Belege usw. sind dem Auftraggeber vorzulegen.

Vergabenummer

2026002804

Baumaßnahme

Rettungszentrum Hauptfeuerwache, Eschholzstraße 118a, 79115 Freiburg

Leistung

Mobile Trennwände, Rettungszentrum**BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN****1 Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)****1.1 Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):**

Mit der Ausführung ist zu beginnen

- ☒ am 31.08.2026
- ☐ spätestens Werktagen nach Zugang des Auftragsschreibens.
- ☐ in der KW , spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ innerhalb von 12 Werktagen nach Zugang der Aufforderung durch den Auftraggeber (§ 5 Absatz 2 Satz 2 VOB/B). Die Aufforderung wird Ihnen voraussichtlich bis zum zugehen; Ihr Auskunftsrecht gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 VOB/B bleibt hiervon unberührt.
- ☐ nach der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Frist für den Ausführungsbeginn.

Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen)

- ☒ am 22.01.2027
- ☐ innerhalb von Werktagen nach vorstehend angekreuzter Frist für den Ausführungsbeginn.
- ☐ in der KW , spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ in der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Fertigstellungsfrist.

**1.2 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Absatz 1 VOB/B sind:**

- ☒ vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn
- ☒ vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung
- ☒ folgende als Vertragsfrist vereinbarte Einzelfristen \_\_\_\_\_
- ☐ aus dem beigefügten Bauzeitenplan:

- ☒ Montageplanung 31.08.2026 - 11.09.2026,  
Montage Schienen und Abschottungen vor Ort 28.09.2026 - 09.10.2026,  
Einbau Wandelemente 11.01.2027 - 22.01.2027

**2 Vertragsstrafen (§ 11 VOB/B)****2.1 Der Auftragnehmer hat bei Überschreitung der unter 1. als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen oder der Frist für die Vollendung als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:**

- ☐ \_\_\_\_\_ € (ohne Umsatzsteuer)
- ☐ \_\_\_\_\_ Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme ohne Umsatzsteuer; Beträge für angebotene Instandhaltungsleistungen bleiben unberücksichtigt. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist der Teil dieser Auftragssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

**2.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt \_\_\_\_\_ Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den in Satz 1 genannten Prozentsatz des Teils der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.**

- 2.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

### 3 Zahlung (§ 16 VOB/B)

Aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung wird die Frist für die Schlusszahlung gem. § 16 Absatz 3 Nummer 1 VOB/B und den Eintritt des Verzuges gem. § 16 Absatz 5 Nummer 3 VOB/B verlängert auf

Tage.

### 4 Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B)

- ☒ Auf Sicherheit für die Vertragserfüllung wird verzichtet.  
☐ Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von fünf Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten.

### 5 Sicherheitsleistung für Mängelansprüche

- ☒ Auf Sicherheit für die Mängelansprüche wird verzichtet.  
☐ Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt drei Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme).

### 6 Bürgschaften (§ 17 VOB/B)

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweils einschlägige Formblatt des Auftraggebers zu verwenden, und zwar für

- |   |  |
|---|--|
| - die Vertragserfüllung das Formblatt   | „Vertragserfüllungsbürgschaft“                 |
| - die Mängelansprüche das Formblatt   | „Mängelansprüchebürgschaft“                    |
| - vereinbarte Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen gem. § 16 Absatz 1 Nummer 1 Satz 3 VOB/B das Formblatt | „Abschlagszahlungs-/ Vorauszahlungsbürgschaft“ |

### 7 Technische Spezifikationen

Soweit im Leistungsverzeichnis auf Technische Spezifikationen (z.B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Bewertungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: "oder gleichwertig", immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

### 8 Werbung

Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

### 9 frei

### 10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen

siehe Formular 214 Stadt-FR („Weitere Besondere Vertragsbedingungen Stadt Freiburg“)

Ergänzung zu Nr. 2 Vertragsstrafen:

Weitere Vertragsstrafen siehe Nr. 10.3 Formular 214 Stadt-FR und Nr. 4 Formular 007 Stadt-FR (Mindestlohn LTMG-BVB).





## Weitere Besondere Vertragsbedingungen Stadt Freiburg

-Ergänzung zu Nr. 10 Formular VHB 214-

### Inhaltsübersicht:

10.1	Baustellenbesprechungen/-präsenz	10.13	Firmenwerbung / Keine diskriminierende Werbung
10.2	Ausführung der Leistungen im eigenen Betrieb (Stammpersonalklausel)	10.14	Keine Verwendung von Tropenholz
10.3	Vertragsstrafe bei unerlaubtem Nachunternehmereinsatz	10.15	Baustelleneinrichtungsplan
10.4	Bedarfspositionen	10.16	Baufristenplan
10.5	Stundenlohnarbeiten	10.17	Bautagesbericht
10.6	Keine Verwendung von PVC	10.18	Sicherung der Ver- und Entsorgungsleitungen
10.7	Keine Verwendung von Gefahrstoffen	10.19	Grenzsteine
10.8	Abfall	10.20	Schutz gegen Baulärm und Staubemissionen
10.9	Verbrauchsdaten für Wasser und Strom bei Hochbauleistungen	10.21	Unterrichtung des Auftraggebers
10.10	Nachweis des Gewichts	10.22	Nachtragsforderungen und Urkalkulation
10.11	Rauchverbot	10.23	Rückgabe von Sicherheiten
10.12	- entfällt -	10.24	Verlängerung der Zahlungsfrist für die Schlusszahlung
		10.25	Nachrückerklausel

#### 10.1 Baustellenbesprechungen/-präsenz

Der Auftragnehmer hat zu den regelmäßigen Baustellenbesprechungen eine geeignete bevollmächtigte Vertretung zu entsenden. Außerdem ist im Rahmen der Ausführung vor Ort die erforderliche Präsenz jederzeit durch eine fachlich qualifizierte Ansprechperson, welche die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrscht, zu gewährleisten.

#### 10.2 Ausführung der Leistungen im eigenen Betrieb (Stammpersonalklausel)

Bei Öffentlichen/Beschränkten Ausschreibungen ist der Auftragnehmer im Rahmen der Ausführung verpflichtet die Stammpersonalklausel gemäß Nr. 10 der weiteren Teilnahmebedingungen der Stadt Freiburg (Formular 212/212EU Stadt-FR) einzuhalten.

Jeder vorgesehene Nachunternehmereinsatz, auf den der Betrieb des Auftragnehmers eingerichtet ist, bedarf der Zustimmung des Auftraggebers. Eine Zustimmung ist nicht erforderlich bei Leistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet ist (§ 4 Abs. 8 VOB/B).

Der Auftragnehmer ist verpflichtet auf Verlangen Nachweise zur Einhaltung der Stammpersonalklausel vorzulegen (z.B. Liste mit Namen, Berufs-/Lohngruppen und Beschäftigungsdauer, Anmeldung Sozialversicherung).

#### 10.3 Vertragsstrafe bei unerlaubtem Nachunternehmereinsatz

Erbringt der Auftragnehmer ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers Leistungen nicht im eigenen Betrieb, obwohl sein Betrieb darauf eingerichtet ist, kann der Auftraggeber eine angemessene Frist zur Aufnahme der Leistung im eigenen Betrieb setzen und im Falle der Nichterfüllung den Auftrag entziehen (§ 4 Abs. 8 VOB/B). Wird bei unerlaubtem Nachunternehmereinsatz die Ausführung im eigenen Betrieb gefordert und gerät der Auftragnehmer dadurch in Verzug, hat er eine Vertragsstrafe bei einem einmaligen Verstoß von 3 Prozent und bei wiederholten Verstößen in Höhe von insgesamt 5 Prozent der Netto-Auftragssumme zu bezahlen.

Ist aus anderen Gründen eine Vertragsstrafe zu entrichten, so wird für alle Verstöße aus dem Vertrag die Vertragsstrafe auf insgesamt maximal 5 Prozent begrenzt.

Außerdem sind die Regelungen in Nr. 2 Formular VHB 214 sowie Nr. 3 im Formular 007 Stadt-FR (Mindestlohn LTMG-BVB) zu beachten.

#### 10.4 Bedarfspositionen

Sind in den Vergabeunterlagen für die Ausführung einer nur im Bedarfsfall erforderlichen Leistung Bedarfspositionen (Eventualpositionen) vorgesehen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die beschriebenen Leistungen nach Aufforderung durch den Auftraggeber auszuführen. Die Entscheidung über die Ausführung trifft der Auftraggeber nach Auftragserteilung. Bis dahin steht eine vereinbarte Bedarfsposition noch unter dem Vorbehalt der endgültigen Beauftragung bzw. der Geltendmachung des Optionsrechts durch den Auftraggeber.

#### 10.5 Stundenlohnarbeiten

Bezüglich der Stundenlohnarbeiten sind die Regelungen gemäß § 15 VOB/B und § 2 Abs. 10 VOB/B zu beachten. Die Vergütung zusätzlicher Leistungen im Stundenlohn bedarf demnach einer ausdrücklichen Vereinbarung und Beauftragung. Bereits im Leistungsverzeichnis enthaltene Stundenlohnpositionen wären nicht ausreichend. Dem Auftraggeber ist die Ausführung von Stundenlohnarbeiten vor Beginn der Ausführung anzuzeigen (§ 15 Abs. 3 VOB/B). Stundenlohnarbeiten werden nur entsprechend der hierfür notwendigen Qualifikation vergütet, unabhängig davon wer sie ausführt.

Im allgemeinen Stundensatz sind die gesamten Lohn- und Gehaltskosten und die diesbezüglichen Nebenkosten einzurechnen, einschließlich der in § 15 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 VOB/B genannten Aufwendungen und die sonstigen allgemein anerkannten baubetrieblichen Berechnungsmerkmale. Hierzu zählen insbesondere die allgemein üblichen Kosten für Kleingeräte, Werkzeuge und Maschinen, die im Rahmen der Ausführung vergleichbarer Leistungen gewöhnlich anfallen.

Zuschläge für Nacht-, Mehr-, Samstags-, Sonn- und Feiertagsarbeit werden nur vergütet, wenn der erhöhte Stundensatz vor Beginn der Ausführung ausdrücklich vereinbart worden ist (§ 2 Abs. 10 VOB/B).

An- und Abfahrtszeiten werden nicht gesondert vergütet, sofern dies nicht vor Beginn der Ausführung ausdrücklich vereinbart wurde.

#### 10.6 Keine Verwendung von PVC

Es dürfen keine Materialien aus PVC verwendet werden, es sei denn in den Vergabeunterlagen ist dies ausdrücklich aufgeführt. Die Verwendung nicht ausdrücklich aufgeführter Materialien aus PVC führt zum zwingenden Ausschluss des Angebots, da derartige Materialien aufgrund ihrer Umwelteigenschaften nicht als gleichwertig gewertet werden. Auch Nebenangebote, die Materialien aus PVC enthalten, werden nicht gewertet.

#### 10.7 Keine Verwendung von Gefahrstoffen

Der Auftragnehmer darf bei der Ausführung der Leistung keine Gefahrstoffe (gefährliche Stoffe, Gemische, Erzeugnisse) gemäß Gefahrstoffverordnung verwenden, es sei denn in den Vergabeunterlagen ist dies ausdrücklich aufgeführt.

#### 10.8 Abfall

Bei der Ausführung der Leistung sind Abfälle zu vermeiden. Neben den Bedingungen gemäß Formular VHB 241 ist die Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Freiburg zu berücksichtigen ([www.abfallwirtschaft-freiburg.de](http://www.abfallwirtschaft-freiburg.de)).

#### 10.9 Verbrauchskosten für Wasser und Strom bei Hochbauleistungen

Soweit Wasser- und Stromanschlüsse vorhanden sind, können diese vom Auftragnehmer genutzt werden. Die Verbrauchskosten (inkl. Messgeräte und Zähler) trägt abweichend von § 4 Abs. 4 VOB/B grundsätzlich der Auftraggeber, sofern in den Vergabeunterlagen nichts anderes festgelegt bzw. ausdrücklich vereinbart ist.

#### 10.10 Nachweis des Gewichts

Wenn für die Abrechnung von Stoffen nach Gewicht in den Vergabeunterlagen bzw. im Vertrag keine andere Regelung getroffen ist, so ist der Verbrauch durch Vorlage der Frachtbriele oder der Wiegescheine einer geeichten automatischen oder einer geeichten handbedienten, mit einem Sicherheitsdruckwerk versehenen Waage (in der Regel Brückenwaage) laufend nachzuweisen.

Wiegescheine müssen folgende Angaben enthalten:

Lieferwerk, Angabe der Baustelle und der Verwendungsstelle (wenn diese nicht die Baustelle ist), Bezeichnung des Wäggutes, Nummer des Wiegescheins, Datum und Uhrzeit der Wägung (maschinengerecht), Tara, Bruttogewicht (maschinengerecht), Nettogewicht, Kennzeichnung des Fahrzeugs (betriebseigene Bezeichnung/amtliches Kennzeichen), Unterschrift des Wägers.

Die Wiegescheine sind bei der Anlieferung an der Verwendungsstelle dem Auftraggeber im Original zu übergeben.

Bei schüttfähigem Gut, dass nicht zum Anhaften neigt, wie z.B. Sand, Kies, wiederaufbereitete (Recycling-)Stoffe, kann der Nachweis des Gewichts durch Wiegescheine von geeichten Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen erfolgen. Beim Einsatz von Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen gelten zusätzlich folgende Bedingungen:

- Der Wiegeschein muss eine Erklärung enthalten, dass es sich um eine geeichte Waage handelt und die Zulassungsaufgaben eingehalten werden.
- Anstelle des Ausdrucks von Tara und Bruttogewicht tritt das Nettogesamtgewicht des Ladegutes sowie zusätzlich bei Schaufellader-Waagen die Anzahl der geladenen Schaufeln (Ladevorgänge).
- Anstelle der Unterschrift des Wägers tritt die des Bedienungspersonals der Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen.

Bei Abrechnung von Stoffen nach Gewicht und deren Nachweis durch Vorlage von Wiegescheinen gelten zusätzlich folgende Regelungen:

- Handeingaben bei Wägungen, unabhängig davon, ob es sich hierbei um Brutto- oder Tara-Wägungen handelt, stellen keinen prüfbaren Nachweis gem. § 14 VOB/B dar. Entsprechende Wiegescheine werden nicht anerkannt.
- Das Taragewicht ist bei jedem Wiegevorgang neu zu ermitteln. Systemspeicherungen des Taragewichts werden nicht anerkannt.

Der Auftraggeber behält sich Kontrollwägungen vor. Wird dabei eine Unterschreitung von mehr als 1 Prozent festgestellt, erfolgt ein entsprechender Abzug und der Auftragnehmer hat alle durch die Kontrollwägung entstandenen Kosten zu tragen (Transportkosten, Wiegegebühren usw.).

Unabhängig von den o.g. Regelungen können gleichwertige Nachweise vorgelegt werden, soweit damit eine prüffähige Abrechnung im Sinne der Regelungen der VOB/B vorgelegt wird.

#### 10.11 Rauchverbot

Grundsätzlich ist das Rauchen in allen öffentlichen Gebäuden der Stadt Freiburg gemäß Landesnichtraucherschutzgesetz Baden-Württemberg untersagt. Dies gilt auch außerhalb des laufenden Betriebes. In Schulen und Kindertageseinrichtungen gilt das Rauchverbot zusätzlich auch auf dem gesamten Gelände. Ausnahmen gelten nur für ausdrücklich ausgewiesene Raucherzonen.

Verstöße können mit einem Bußgeld geahndet werden. Darüber hinaus können sie auch die Eignung und Zuverlässigkeit des Auftragnehmers in Frage stellen.

10.12 - entfällt -

10.13 Firmenwerbung / Keine diskriminierende Werbung

Firmenschilder, Werbetafeln/-plakate dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers am Ausführungsort angebracht werden (Ergänzung zu Nr. 8 Formular VHB 214).

Im Rahmen der Ausführung der Leistungen darf keine Werbung sowie keine sonstige Darstellung oder Aussage verwendet werden, die eine Person oder Personengruppe diskriminiert oder herabwürdigt. Hierzu zählen insbesondere Verstöße gegen die Verhaltensregeln des Deutschen Werberats gegen Herabwürdigung und Diskriminierung ([www.werberat.de](http://www.werberat.de)). Unzulässig im Sinne dieser Verhaltensregeln ist insbesondere eine Herabwürdigung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Identität/Orientierung sowie sexistische Werbung (z.B. auf Firmenfahrzeugen, Geschäftspapier). Darüber hinaus sind die gesetzlichen Regelungen zu Werbeverböten zu beachten. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass sich ggf. eingesetzte Nachunternehmer ebenso an diese Regelungen halten. Verstöße können zur Kündigung aus wichtigem Grund sowie zu einem Ausschluss wegen Unzuverlässigkeit bei künftigen Vergabeverfahren führen. Außerdem behält sich der Auftraggeber vor beim Deutschen Werberat oder sonstigen entsprechenden Stellen Beschwerde einzureichen.

10.14 Keine Verwendung von Tropenholz

Es darf kein Tropenholz verwendet werden, unabhängig davon, ob eine Zertifizierung nach FSC/PEFC oder sonst eine andere vorliegt, es sei denn dies wird in den Vergabeunterlagen ausdrücklich verlangt bzw. erlaubt.

10.15 Baustelleneinrichtungsplan

Der Auftragnehmer hat auf Verlangen des Auftraggebers vor Beginn der Baustelleneinrichtung einen Baustelleneinrichtungsplan vorzulegen.

10.16 Baufristenplan

Der Auftragnehmer hat einen Baufristenplan über seine vertraglichen Leistungen zu erstellen, anhand dessen die Einhaltung der Vertragsfristen nachgewiesen und überwacht werden kann. Die Vertragsfristen ergeben sich aus den Besonderen Vertragsbedingungen (Formular VHB 214).

Die Festlegungen des Auftraggebers, z.B. zur fachlichen oder terminlichen Koordinierung mit den übrigen Leistungsbereichen, sind zu berücksichtigen.

Bei Änderungen der Vertragsfristen oder bei erheblichen Abweichungen von sonstigen Festlegungen ist der Plan durch den Auftragnehmer umgehend zu überarbeiten und dem Auftraggeber nach Aufforderung unverzüglich zu übergeben.

10.17 Bautagesbericht

Der Auftragnehmer hat Bautagesberichte arbeitstäglich zu führen und dem Auftraggeber oder dem mit der Bauüberwachung beauftragten Architekten/Ingenieur spätestens wöchentlich zu übergeben, sofern in den Vergabeunterlagen nichts anderes festgelegt bzw. ausdrücklich vereinbart ist. Bezüglich der Mindestinhalte oder der Verwendung eines bestimmten Formulars ist vor Ausführungsbeginn eine Abstimmung mit dem Auftraggeber herbeizuführen.

10.18 Sicherung der Ver- und Entsorgungsleitungen

Vor Beginn der Arbeiten hat sich der Auftragnehmer im Rahmen der ihn betreffenden Obliegenheiten nach VOB/B über die Lage der Ver- und Entsorgungsleitungen bei den zuständigen Stellen zu vergewissern.

#### 10.19 Grenzsteine

Vorhandene Grenzsteine oder Polygonpunkte sind vor Beginn von Grabarbeiten durch das städtische Vermessungsamt sichern zu lassen.

#### 10.20 Schutz gegen Baulärm und Staubemissionen

Bei der Ausführung der Leistungen sind vom Auftragnehmer auf der Baustelle Baulärm und Staubemissionen durch geeignete technische und/oder organisatorische Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren (z.B. durch Abdeckung, Einhausung, Staubbindung, Absaugen, geräuscharme Maschinen mit Partikelfilter).

Soweit in den Vergabeunterlagen keine ausdrücklichen Regelungen enthalten sind, sind die einschlägigen rechtlichen Bestimmungen und Grenzwerte einzuhalten, insbesondere nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), den Bundes-Immissionsschutzverordnungen (BImSchV) und hinsichtlich des Baustellenlärms die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm - Geräuschimmissionen.

#### 10.21 Unterrichtung des Auftraggebers

Der Auftragnehmer hat im Rahmen der ihn betreffenden Obliegenheiten nach VOB/B dem Auftraggeber insbesondere wichtige Ereignisse im Bereich der Baustelle unverzüglich mitzuteilen, z.B. Leitungsbeschädigungen, Beschwerden und Hinweise von Anliegern, Schäden an Nachbargrundstücken und -gebäuden, Hochwasser, Altlasten.

#### 10.22 Nachtragsforderungen und Urkalkulation

Verlangt der Auftragnehmer nach § 2 Abs. 3 bis 9 VOB/B die Vereinbarung neuer Preise (Nachtragsforderung), hat er seine dazugehörigen Preisermittlungen für die vertragliche Leistung sowie Erläuterungen hierzu darzulegen.

Nachtragsforderungen sind dem Auftraggeber auf dem zur Verfügung gestellten Formular 055 Stadt-FR aufzuschlüsseln und zur Prüfung und einvernehmlichen Vereinbarung vorzulegen. Dabei sind die Einheitspreise aufzugliedern und die einzelnen kalkulatorischen Ansätze zu erläutern.

Bezüglich der Ankündigung einer Nachtragsforderung bzw. einer Nachtragsvereinbarung vor Beginn der Ausführung wird auf die Regelungen der VOB/B verwiesen.

Der Auftraggeber darf die Urkalkulation bei Vereinbarung neuer Preise oder zur Prüfung von sonstigen vertraglichen Ansprüchen öffnen und einsehen, nachdem der Auftragnehmer davon rechtzeitig verständigt und ihm freigestellt wurde, bei der Einsichtnahme anwesend zu sein. Die Urkalkulation wird danach wieder verschlossen. Sie wird nach vorbehaltloser Annahme der Schlusszahlung zurückgegeben.

#### 10.23 Rückgabe von Sicherheiten

Ist die Sicherheit nach Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche zurückzugeben und sind für unterschiedliche Teile der Leistung unterschiedliche Verjährungsfristen vereinbart, kann der Auftragnehmer nach Ablauf der Verjährungsfrist für Teile der Leistung den Austausch der Sicherheit gegen Stellung einer geringeren Sicherheit verlangen, deren Höhe sich nur noch aus dem Teil der Leistungen berechnet, für welche die Verjährungsfrist weiter läuft (anteilige Rückgabe der Sicherheit). Außerdem sind die Regelungen in Nr. 5 und 10 Formular VHB 214 zu beachten.

#### 10.24 Verlängerung der Zahlungsfrist für die Schlusszahlung

In begründeten Fällen wird eine Verlängerung der Frist für die Schlusszahlung gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 1 VOB/B vereinbart. Dies ist insbesondere vorgesehen bei umfangreichen Leistungsverzeichnissen, umfangreichen oder schwerwiegenden Prüfunterlagen (Aufmaßen) sowie bei einer Bauzeit des Gewerks von mehr als 12 Monaten.

Die verlängerte Frist gilt mit Angebotsabgabe und Auftragserteilung als vereinbart. Außerdem sind die Regelungen in Nr. 3 Formular VHB 214 zu beachten.

10.25 Nachrückerklausel

Bei einem Ausfall des Auftragnehmers (z.B. bei Kündigung, Insolvenz oder aus sonstigem wichtigem Grund) behält sich die Auftraggeberin vor, die verbleibenden Leistungen ohne erneutes Vergabeverfahren an einen der Bieter aus diesem Verfahren unter Berücksichtigung der Wertungsreihenfolge zu vergeben.

Davon unberührt bleiben evtl. Schadenersatzansprüche der Auftraggeberin gegenüber dem bisherigen Auftragnehmer.

- Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen -

## Ausschreibung

Verfahren: 2026002804 - Mobile Trennwände, Rettungszentrum

### SKONTO

Skonto zugelassen	Ja
Zahlungsziel (falls zugelassen)	30Tag(e)
Skonto	_____ %

### AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

#### Vertragliche Regelungen 1

Inhaltsverzeichnis und Plananlagen

- Baubeschreibung/Erläuterungsbericht
- Technische Vorbemerkungen
- Leistungsverzeichnis
- Plananlagen

Die Plananlagen sind hinter der Zusammenstellung (letzte Seite zum LV) wie folgt angefügt:

Vermessungsamt M 1:500:  
Lageplan

Objektplanung:  
H-AH-6-6001-LP-XX-0-V-BET eil01 Baustelleneinrichtungsplan Teil1

Grundrisse:  
H-AH-6-0401-GR-02-0-V-gesamt Grundriss 2. Obergeschoss gesamt

Schnitte:  
H-AH-6-1001-SN-AA-0-V-gesamt Schnitt A-A gesamt  
H-AH-6-1601-SN-FF-0-V-gesamt Schnitt F-F gesamt  
Deckenspiegel: (inkl. TGA Installationen)  
H-AH-6-3304-DS-02-0-V-gesamt TGA Deckenspiegel 2. Obergeschoss mit TGA

Details:  
H-AH-6-9030-DE-WA-0-V-mobile Trennwand Mobile Trennwand Achse C GR+AN  
H-AH-6-9031-DE-WA-0-V-mobile Trennwand Mobile Trennwand Achse C Detail  
Sturz  
H-AH-6-9032-DE-WA-0-V-mobile Trennwand Mobile Trennwand Achse 9-10 GR+AN

Sonstige Anlagen:  
- Baustellenordnung Neubau Rettungszentrum

#### Vertragliche Regelungen 2

Baubeschreibung / Erläuterungsbericht

01. Planungsgrundlagen, Planungshistorie  
Am bestehenden Standort der Hauptfeuerwache werden die Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes, die gemeinsam mit der Feuerwehr Freiburg für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr verantwortlich sind, konzentriert.

02..Beschreibung des Feuerwehrbetriebshofes allgemein  
Die Hauptfeuerwache an der Eschholzstr. 118 mit den Gebäuden A, B, C, D, E, F, G und L verfügt über ein Gelände von ca.15.000 m² Fläche und wird um das bisher als Kleingartenfläche genutzte Areal mit ca. 9.000m² für das künftige Rettungszentrum erweitert.  
Im Nord-Osten des Grundstückes schließt sich eine Wohnbebauung überwiegend aus Einfamilienhäusern an.

Erschlossen wird das Gelände der Hauptfeuerwache über die Eschholzstraße (Anbindung an das städtische Straßennetz).

Im Zuge der 2011 abgeschlossenen Erweiterung der Hauptfeuerwache ist die Staudingerstraße als 2. Zufahrt zum Feuerwehrgelände hin ausgebaut worden.

#### 0.3.0 Beschreibung der baulichen Maßnahme

Das Rettungszentrum mit dem neuen Gebäudeteil E und dem noch zu errichtenden Gebäudeteil H wird westlich des bestehenden Gebäudekomplexes zu einem Teil auf dem bestehenden Betriebsgrundstück und zu einem weiteren Teil auf einer zusätzlichen Fläche, errichtet. Die Baustellenzufahrt befindet sich südlich des Grundstücks und ist über die Staudingerstraße erreichbar.

#### 0.3.1 Baubeschreibung Gebäude H (2. Bauabschnitt)

Der Neubau des Bauteiles H wird auf Basis der Energiestandards der Stadt Freiburg als 3-geschossiges Gebäude mit einem Zwischengeschoss und Dachtechnikzentrale in Passivbauweise erstellt.

Das Gebäude Bauteil H sieht neben einer Fahrzeughalle im Erdgeschoss insbesondere Ausbildungs-, Besprechungs-, Büro-, Sozial-, Lagerräume, Lehrsäle, einen Speisesaal mit Küche, eine Übungshalle, einen Ausgleichs- und Bewegungsraum mit Fitness- und Geräteraum sowie Umkleide- und erforderliche Sanitärbereiche für die insgesamt ca. 330 ehrenamtlichen Angehörigen der Hilfsorganisationen und der Abteilungen der Freiwilligen Feuerwehr (Führungsunterstützung und Logistik sowie dem ABC-Zug) vor.

Die Schulungs- und Sporträume sollen zukünftig gemeinsam von den Hilfsorganisationen, der Feuerwehr und dem Haupt- und Personalamt (HPA) genutzt werden.

Im Rahmen der städtischen Fortbildung und dem betrieblichen Gesundheitsmanagement der Stadt Freiburg stehen diese Räumlichkeiten somit auch den städtischen Mitarbeitenden zur Verfügung.

Ein separater Übungsturm schließt sich unmittelbar an den Gebäudetrakt des Bauteiles H zur Staudinger Straße in westlicher Richtung an. Der Übungsturm wird eine Höhe von ca. 25 m haben.

#### 0.4 Baugrund Bodengutachten

Auszüge aus dem Bodengutachten, dem Bodenschutzkonzept und weiteren Bodenuntersuchungen werden - sofern erforderlich - in den jeweiligen ATV / Positionen / Titeln aufgeführt.

Weitere Beschreibungen siehe Baustellenordnung Neubau Rettungszentrum

### Vertragliche Regelungen 3

Vorbemerkungen zum Leistungsverzeichnis

Die folgenden Regelungen sind bei allen Titeln des Leistungsverzeichnisses zu beachten. Im Weiteren wird explizit auf die Ausführungen in der Leistungsbeschreibung hingewiesen.

Soweit in der Leistungsbeschreibung auf technische Spezifikationen (z. B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: "oder gleichwertig", immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

### Vertragliche Regelungen 4

ATV "Allgemeine Regelungen für die Bauarbeiten jeder Art"-DIN 18299

Die laufende Nummerierung der nachfolgenden Punkte bezieht sich auf die Vorgaben der VOB/Teil C, DIN 18299.



## 0.1 Angaben zur Baustelle

0.1.1 Lage der Baustelle, Umgebungsbedingungen, Zufahrtsmöglichkeit und Beschaffenheit der Zufahrt sowie etwaige Einschränkungen bei ihrer Benutzung.

Die Staudingerstraße ist keine Durchfahrtsstraße; erschließt aber für Radfahrer und Fußgänger die im hinteren Abschnitt nachfolgend der Baustelle angesiedelte Kleingärten und die Staudingschule. Es ist daher insbesondere am frühen Morgen bis 8:30 Uhr, sowie am späten Nachmittag mit einem stärkeren Aufkommen von Fahrradfahrern und Fußgängern zu rechnen.

Die Torausfahrten der Feuerwehr, sowie die Hofausfahrten sind jederzeit freizuhalten. Das Abstellen von Firmen- oder Privatfahrzeugen ist in diesen Bereichen sowie in der Staudingerstraße nicht möglich und nicht zulässig. Widerrechtlich abgestellte Fahrzeuge werden auf Kosten des AN entfernt.

Für Anlieferungen ist ausschließlich die Baustellenzufahrt über die Staudingerstraße zu nutzen. Auf den Verkehrsflächen der Baustelle gilt die StVO. Es ist im Bereich der Staudingerstraße mit Behinderungen durch ausrückende Feuerwehrfahrzeuge zu rechnen.

Die Baustelle ist an den ÖPNV angebunden:

Straßenbahnlinie 5 Haltestelle Pressehaus, Fußweg ca. 10 Minuten, Buslinie 14, Haltestelle Ferdinand-Weiß-Straße, 10 Minuten Fußweg oder von der Haltestelle Marienmatten-Weg 7 Minuten Fußweg. Öffentliche Stellplätze für den MIV sind im Umfeld der Baustelle nicht vorhanden.

0.1.2 Besondere Belastungen aus Immissionen sowie besondere klimatische oder betriebliche Bedingungen.

- Keine -

0.1.3 Art und Lage der baulichen Anlagen, z. B. auch Anzahl und Höhe der Geschosse.

siehe Lageplan

Neubau Bauteil H 3-geschossig, ohne Unterkellerung, mit einem Zwischengeschoss, Dachtechnikzentrale und einem Übungsturm, Attikahöhen:

2. OG = +15,00 = 275,00m ü NN m = über OK Gelände,

DG = +18,50 = 278,50m ü NN m = über OK Gelände,

Übungsturm = +23,95 = 283,95m ü NN m = über OK Gelände,

0.1.4 Verkehrsverhältnisse auf der Baustelle, insbesondere Verkehrsbeschränkungen.

Das Baufeld liegt westlich der bestehenden Hauptfeuerwache und ist von dieser durch Bauzäune getrennt.

Die Bauarbeiten finden bei laufendem Betrieb der Feuerwehr statt. Der Feuerwehrbetrieb findet nicht auf dem Baugrundstück statt.

Die Alarmausfahrt der Rettungsfahrzeuge aus den Fahrzeughallen und die Durchfahrt / Notausfahrt vom Innenhof zur Staudingerstraße dürfen nicht behindert werden.

Für Anlieferungen ist ausschließlich die Baustellenzufahrt über die Staudingerstraße zu nutzen. Auf den Verkehrsflächen der Baustelle gilt die StVO, siehe auch BE - Plan.

0.1.5 Für den Verkehr freizuhaltende Flächen

Die Torausfahrten der Feuerwehrabstellhallen, sowie die Hofausfahrten sind jederzeit freizuhalten. Ein Abstellen von Firmen oder Privatfahrzeugen ist in diesen Bereichen, sowie in der Staudingerstraße nicht möglich und nicht zulässig. Widerrechtlich abgestellte Fahrzeuge werden auf Kosten des AN entfernt.

0.1.6 Art, Lage, Maße und Nutzbarkeit von Transporteinrichtungen und Transportwegen, z. B. Montageöffnungen.

- Keine -

0.1.7 Lage, Art, Anschlusswert und Bedingungen für das Überlassen von Anschlüssen für Wasser, Energie und Abwasser.

Gemäß Baustelleneinrichtungsplan und Leistungsbeschreibung.

0.1.8 Lage und Ausmaß der dem Auftragnehmer für die Ausführung seiner Leistungen zur Benutzung oder Mitbenutzung überlassenen Flächen, Räume. Der AG stellt keine Lager-Räume zur Verfügung.

In begrenztem Umfang können Lagerflächen auf dem Grundstück in Abstimmung mit Bauleitung benutzt werden, siehe Baustelleneinrichtungsplan.

0.1.9 Bodenverhältnisse, Baugrund und seine Tragfähigkeit. Ergebnisse von Bodenuntersuchungen.

Das Baugrundstück liegt im Bereich der Erdbebenzone 1.

Bemessungswert der Bodenbeschleunigung  $a_g$  0,4 m/s<sup>2</sup>

Geologische Untergrundklasse "R" (Gebiete mit felsartigem Gesteinsuntergrund)  
Baugrundklasse "B": grob- und gemischtkornige Lockergesteine mit hohen Reibungseigenschaften

0.1.10 Hydrologische Werte von Grundwasser und Gewässern. Art, Lage, Abfluss, Abflussvermögen und Hochwasserverhältnisse von Vorflutern. Ergebnisse von Wasseranalysen.  
- für dieses Gewerk nicht relevant -

0.1.11 Besondere umweltrechtliche Vorschriften.  
Es dürfen keine PVC-Baustoffe eingesetzt werden

0.1.12 Besondere Vorgaben für die Entsorgung, z. B. besondere Beschränkungen für die Beseitigung von Abwasser und Abfall.  
- Keine -

0.1.13 Schutzgebiete oder Schutzzeiten im Bereich der Baustelle, z. B. wegen Forderungen des Gewässer-, Boden-, Natur-, Landschafts- oder Immissionsschutzes; vorliegende Fachgutachten oder dergleichen.  
Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass keine Staub- und Schmutzablagerungen in angrenzende Wasserläufe / Gewässer gelangen."

0.1.14 Art und Umfang des Schutzes von Bäumen, Pflanzenbeständen, Vegetationsflächen, Verkehrsflächen, Bauteilen, Bauwerken, Grenzsteinen und dergleichen im Bereich der Baustelle.

a) Im Zusammenhang mit den Bauarbeiten ist jede Verunreinigung von Straßen, die zu einer Gefährdung oder Beeinträchtigung des Straßenverkehrs führen kann oder sonst über das übliche Maß hinausgeht, zu vermeiden. Derartige Verunreinigungen sind von dem dafür Verantwortlichen ohne behördliche Aufforderung unverzüglich zu beseitigen; andernfalls kann die Beseitigung im Wege der Ersatzvornahme auf Kosten des Verpflichteten vorgenommen werden (§ 42 Straßengesetz Baden-Württemberg).

b) Auf dem Gelände befindet/n sich die Grundwassermessstelle/n / Rückgabeburgen GWWP  
Nr. 348/070-7 und Nr. 2346/120-9. Der Zugang und die Funktionstüchtigkeit der Grundwassermessstelle/n muss / müssen erhalten bleiben.

01.15 Art und Umfang der Regelung und Sicherung des öffentlichen Verkehrs  
Keine ergänzenden Angaben

0.1.16 Im Bereich der Baustelle vorhandene Anlagen, insbesondere Abwasser- und Versorgungsleitungen.

Siehe Lageplan zum Bestand. Es sind Ver- und Entsorgungsleitungen im Baufeld vorhanden.  
Es sind alle Vorkehrungen zu treffen, um die Beschädigung solcher Anlagen zu vermeiden.

0.1.17 Bekannte oder vermutete Hindernisse im Bereich der Baustelle, z. B. Leitungen, Kabel, Dräne, Kanäle, Bauwerksreste und, soweit bekannt, deren Eigentümer.  
Siehe Lageplan zum Bestand und vorgenannten Hinweis.

0.1.18 Bestätigung, dass die im jeweiligen Bundesland geltenden Anforderungen zu Erkundungs- und gegebenenfalls Räumungsmaßnahmen hinsichtlich Kampfmitteln erfüllt wurden  
Kampfmittelfreiheit ist gegeben, Bestätigung liegt dem AG vor.

0.1.19 Ggf. gemäß der Baustellenverordnung getroffene Maßnahmen.  
Siehe Baustellenordnung Neubau Rettungszentrum Freiburg.

0.1.20 Besondere Anordnungen, Vorschriften und Maßnahmen der Eigentümer (oder der anderen Weisungsberechtigten) von Leitungen, Kabeln, Dränen, Kanälen, Straßen, Wegen, Gewässern, Gleisen, Zäunen und dergleichen im Bereich der Baustelle.  
Siehe Baustellenordnung Neubau Rettungszentrum Freiburg.

0.1.21 Art und Umfang von Schadstoffbelastungen, z. B. des Bodens, der Gewässer, der Luft, der Stoffe und Bauteile; vorliegende Fachgutachten oder dergleichen.  
- Keine -

0.1.22 Art und Zeit der vom Auftraggeber veranlassten Vorarbeiten  
Verkehrssicherung, Abgrenzung der Baumaßnahme mittels Bauzaun zur öffentlichen Verkehrsfläche und den anderen Bereichen der

Hauptfeuerwache.  
Erstellung des Rohbaus, Stahlbaukonstruktion der Technikzentrale (Wände, Dach),  
Fassadengerüst, Einbau von Außentüren, Toren und Fenstern, TGA Installationsarbeiten, Montage Stahlwinkeln, Trockenbauwände und Innenputz.  
Baustrom- und Bauwasseranschlüsse, Aufstellung von Sanitärcontainern.

0.1.23 Arbeiten anderer Unternehmer auf der Baustelle.  
Installationsarbeiten, Akustik-Deckensegel, Wandabsorber, Metalldecken, Tischlerarbeiten,  
Mobile Trennwände, Anprallwand in der Sporthalle, Rüttelboden Fahrzeughalle, Fliesen- und Bodenbelagsarbeiten, Freianlagen.  
Der AN hat die Kooperationspflicht für seine Leistungen und somit den AG und seine Vertreter rechtzeitig auf mangelhafte Vorleistungen, fehlende Ausführungsunterlagen sowie notwendige Koordinierung und Abstimmung durch Vertreter des AG mit anderen AN des AG hinzuweisen.

## 0.2 Angaben zur Ausführung

0.2.1 Vorgesehene Arbeitsabschnitte, Arbeitsunterbrechungen und Arbeitsbeschränkungen nach Art, Ort und Zeit sowie Abhängigkeit von Leistungen anderer.  
Vorab notwendige Schienen, Einbauteile zur Rüstung im Schacht etc. sind nach Abstimmung rechtzeitig zum Einbetonieren durch die Rohbaufirma an die Baustelle zu liefern  
keine Arbeitsunterbrechungen beim Einbau der Aufzugsanlage

0.2.2 Besondere Erschwernisse während der Ausführung, z. B. Arbeiten in Räumen, in denen der Betrieb weiterläuft, Arbeiten im Bereich von Verkehrswegen, oder bei außergewöhnlichen äußeren Einflüssen.  
- keine -

0.2.3 Vorgaben die sich aus dem SiGe-Plan gemäß Baustellenverordnung ergeben  
Der Auftraggeber (AG) hat einen Koordinator für Sicherheit und Gesundheitsschutz (SiGeKo) gem. BaustellV bestellt.  
Dessen ungeachtet gelten LBO §§ 44,45, VOB/B § 4 sowie die Pflichten der Arbeitgeber gem. § 5 der BaustellV weiterhin.

0.2.4 Art und Umfang von Leistungen zur Unfallverhütung und zum Gesundheitsschutz für Mitarbeiter anderer Unternehmen, z.B. trittsichere Abdeckungen  
Die AN haben hinsichtlich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten, insbesondere hinsichtlich der Maßnahmen nach § 2 Abs. 1, entsprechend § 8 Abs. 1 Arbeitsschutzgesetz zusammenzuarbeiten.  
Die Schutzmaßnahmen /Absturzsicherungen müssen solange bestehen bleiben und unterhalten werden, bis jede Gefährdung von Personen oder Sachen ausgeschlossen ist.  
Bei Verletzung ihrer Verpflichtungen haften sie für jeden Schaden an Personen oder Sachen gegenüber Auftraggeber oder dritten Personen.

0.2.5 Besondere Anforderungen für Arbeiten in kontaminierten Bereichen, ggf.  
besondere Anordnungen für Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen.  
- Entfällt -

0.2.6 Besondere Anforderungen an die Baustelleneinrichtung und Entsorgungseinrichtungen, z. B. Behälter für die getrennte Erfassung. Bauabfälle sind je Gewerk selbst arbeitstäglich zu entsorgen.

0.2.7 Besondere Anforderungen an das Auf- und Abbauen sowie Vorhalten von Gerüsten.  
Siehe Leistungspositionen

0.2.8 Mitbenutzung fremder Gerüste, Hebezeuge, Aufzüge, Aufenthalts- und Lagerräume, Einrichtungen und dergleichen durch den Auftragnehmer.  
Für die Erhaltung und sichere Verwendung der zur Verfügung gestellten Gerüste und Schutzeinrichtungen ist der Benutzer verantwortlich.

0.2.9 Wie lange, für welche Arbeiten und ggf. für welche Beanspruchung der Auftragnehmer Gerüste, Hebezeuge, Aufzüge, Aufenthalts- und Lagerräume, Einrichtungen und dgl. für andere Unternehmer vorzuhalten hat.  
- Entfällt -

0.2.10 Verwendung oder Mitverwendung von wiederaufbereiteten (Recycling-) Stoffen.  
Siehe Leistungspositionen

- 0.2.11 Anforderungen an wiederaufbereitete (Recycling-)Stoffe und an nicht genormte Stoffe und Bauteile.  
- für dieses Gewerk nicht relevant -
- 0.2.12 Besondere Anforderungen an Art, Güte und Umweltverträglichkeit der Stoffe und Bauteile, auch z. B. an die schnelle biologische Abbaubarkeit von Hilfsstoffen.  
- für dieses Gewerk nicht relevant -
- 0.2.13 Art und Umfang der vom Auftraggeber verlangten Eignungs- und Gütenachweise.  
siehe Leistungspositionen
- 0.2.14 Unter welchen Bedingungen auf der Baustelle gewonnene Baustoffe verwendet werden dürfen oder müssen oder einer anderen Verwertung zuzuführen sind.  
- für dieses Gewerk nicht relevant -
- 0.2.15 Art, Zusammensetzung und Menge der aus dem Bereich des Auftraggebers zu entsorgenden Böden, Stoffe und Bauteile; Art der Verwertung bzw. bei Abfall die Entsorgungsanlage; Anforderungen an die Nachweise über Transporte, Entsorgung und die vom Auftraggeber zu tragenden Entsorgungskosten.  
- für dieses Gewerk nicht relevant -
- 0.2.16 Art, Anzahl, Menge oder Masse der Stoffe und Bauteile, die vom Auftraggeber beigelegt werden sowie Art, genaue Bezeichnung des Ortes und Zeit ihrer Übergabe.  
- Keine -
- 0.2.17 In welchen Umfang der Auftraggeber Abladen, Lagern und Transport von Stoffen und Bauteilen übernimmt oder dafür dem Auftragnehmer Geräte oder Arbeitskräfte zur Verfügung stellt.  
- Keine -
- 0.2.18 Leistungen für andere Unternehmer.  
- Keine -
- 0.2.19 Mitwirken beim Einstellen von Anlagenteilen und bei der Inbetriebnahme von Anlagen im Zusammenwirken mit anderen Beteiligten, z. B. mit dem Auftragnehmer für die Gebäudeautomation.  
- entfällt -
- 0.2.20 Benutzung von Teilen der Leistung vor der Abnahme.  
- keine -
- 0.2.21 Übertragung der Wartung während der Dauer der Verjährungsfrist für die Mängelbeseitigungsansprüche für maschinelle und elektrotechnische/elektronische Anlagen oder Teile davon, bei denen die Wartung Einfluss auf die Sicherheit und die Funktionsfähigkeit hat (vergleiche § 13 Nr. 4 Abs. 2 VOB/B), durch einen besonderen Wartungsvertrag.  
siehe ggf. Leistungspositionen
- 0.2.22 Abrechnung nach bestimmten Zeichnungen oder Tabellen.  
gemäß VOB Teil C DIN 18299 Kapitel 5

## Vertragliche Regelungen 5

Zusätzliche technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen zur VOB/C

(AG = Auftraggeber /Vertreter des AG/ Erfüllungsgehilfe des AG, AN = Auftragnehmer)

ZTV - Allgemein

### 1. Baustellenorganisation

01. Nach der Auftragserteilung erhält der AN einen Rahmenterminplan. Dieser ist innerhalb von 14 Kalendertagen durch den AN zu prüfen und auf

der Grundlage der vertraglich festgelegten Ausführungsfrist zu detaillieren. Der durch den AG freigegebene Detailterminplan des AN wird zum verbindlichen Vertragsbestandteil und ist während der Bauzeit laufend durch den AN zu aktualisieren. Der Detailterminplan des AN sowie die Aktualisierungen sind jeweils in Papierform 3-fach und digital im PDF-Format an den AG zu übergeben.

02. Der AN hat sich an Ort und Stelle über die Lager- und Montagemöglichkeiten zu informieren; der Raum dafür ist durch die Arbeiten anderer am Bau beteiligter Unternehmen eingeengt.

03. Anschlüsse für Baustrom-, Bauwasser- und Abwasser.

03.01 Baustromanschluss wird vom AN Gewerk Elektro gestellt, eingerichtet und für die gesamte Bauzeit vorgehalten

03.02 Bauwasseranschluss wird bauseits durch AN gesonderter Kleinauftrag Bauwasser eingerichtet und für die gesamte Bauzeit vorgehalten.

03.03 Abwasseranschluss der bauseits vorhandene Anschluss im Gelände BE-Fläche kann weiterhin genutzt werden

Die Verbrauchskosten für Baustrom und Bauwasser werden durch den AG beglichen

04. Auf der Baustelle ist ein allgemeines Bauschild mit den Angaben zum Bauvorhaben vorhanden.

und wird entsprechend dem Baufortschritt vervollständigt, andere Werbeeinrichtungen der Auftragnehmer und ihrer Nachunternehmer sind nicht zulässig.

Die Unkosten für den Firmeneintrag trägt der AN, sie werden von der Schlussrechnung einbehalten.

05. Der AN hat die erforderlichen Sicherungen zu treffen, die einen ungehinderten Anlieger- und Baustellenverkehr gewährleisten. Die Vorschriften und Auflagen der Straßenverkehrsbehörde bzw. des Ordnungsamtes sind zu beachten. Bürgersteige und Straßen im Bereich der Baustellenzufahrten auf dem Gelände sind während der Bauzeit durch den AN sauber zu halten, ggf. täglich zu reinigen.

06. Die allgemeine Baustellenbeleuchtung wird vom AN Gewerk Elektro gestellt, eingerichtet und unterhalten.

07. Die Arbeits- und Schutzgerüste sind erst nach Freigabe durch den AG zu beseitigen.

08. Bauhilfen für dritte Unternehmer sind mit diesen direkt abzurechnen (Kran- und Förderhilfen, Überlassung von eigenen Arbeitsgerüsten und dergleichen).

09. Die Baustelle ist täglich nach Beendigung der Arbeiten von Restmaterial, Verpackungsmaterial, Bauschutt, Strahlmittel und dergleichen aus eigener Leistung zu reinigen. Erfolgt keine Reinigung trotz Aufforderung, werden durch den AG sofort Dritte mit der Reinigung beauftragt. Die dabei entstehenden Kosten werden anteilig auf die betreffenden am Bau tätigen Unternehmen umgelegt.

Für die Baureinigung und Beseitigung der Schuttmassen (gem. VOB Teil C, ATV DIN 18299, Pkt. 4.1.11 und 12) sind während der Bauzeit vom AN Schuttcontainer beizustellen, sofern keine tägliche Beseitigung mit anderen Transportmitteln stattfindet. Für die Beseitigung sind Container für getrennte Sammlung (Bauschutt, Papier, Kunststoff, Metall, Glas usw.) aufzustellen. Die für dritte gestellten Container sind direkt abzurechnen.

10. Es sind täglich Bautagesberichte vom AN zu führen, mit dem Nachweis der eingesetzten Arbeitskräfte, Geräte etc., den Angaben zu den ausgeführten Arbeiten sowie den eventuell ausgeführten besonderen Leistungen. Diese sind wöchentlich dem AG 2-fach zu übergeben.

11. Dem AG ist die Ausführung von Stundenlohnarbeiten vor Beginn anzuzeigen (VOB/B, § 15, Nr. 3). Die Stundenlohnberichte sind dem AG täglich, nach Ausführung der betreffenden Arbeiten, 2-fach in prüffähiger Form vorzulegen.

12. Der Zeitpunkt der notwendigen Vermessungsleistungen (VOB/B, § 3, Nr. 2) ist frühzeitig mit dem AG abzustimmen.

13. Betrifft Ausbaugewerke des AG: Vom Gewerk Rohbau werden auf Veranlassung des AG jeweils in jedem Gebäudeteil und Geschoß (mindestens 3) dauerhafte Meterrisse angebracht.

14. Einmal wöchentlich, darüber hinaus nach Bedarf, findet eine Baustellenbesprechung statt. Die Teilnahme des AN während der vertraglich festgelegten Ausführungszeit ist Pflicht. Erscheint der AN

nicht, sind die zusätzlichen Aufwendungen des AG für die Information aus der letzten Baubesprechung zu vergüten.

15. Der AN hat dem AG vor Beginn der Arbeiten die Fachbauleiter der Gewerke schriftlich zu benennen.

16. Der AG wird eine Baustellenüberwachung organisieren. Die Betriebszeiten der Baustelle bzw. die überwachten Zeiten, in denen das Betreten der Baustelle untersagt wird, sind im Vorfeld mit der Bauleitung zu abzustimmen.

## 2. Leistungsbeschreibung / Ausführung

01. Für die Ausführung der Leistungen gelten die Leistungsbeschreibung und die durch den AG zur Ausführung freigegebenen Bauzeichnungen in Verbindung mit der statischen Berechnung und den dazugehörigen Positionsübersichten. Während der Bauzeit für ungültig und überholt erklärte Pläne sind deutlich zu kennzeichnen. Bei Plan- und/oder Maßdifferenzen ist sofort, d.h. noch vor Ausführung der Leistung, der AG zu verständigen.

02. Alle relevanten Dateien, wie z.B. Baugenehmigung, Ausführungszeichnungen des Architekten und der Fachplaner, werden dem AN nur digital zur Verfügung gestellt.

**ES ERFOLGT KEINE PLANLIEFERUNG IM PAPIERFORMAT, DER AN HAT DIE VERVIELFÄLTIGUNG UND VERTEILUNG AUF DER BAUSTELLE SELBSTSTÄNDIG UND VERANTWORTUNGSVOLL ZU ORGANISIEREN UND ANFALLENDEN KOSTEN SELBST ZU TRAGEN!**

Die Verteilung der Pläne erfolgt über einen Planserver, zu dem der AN von Seiten des Bauherrn / der jew. Planer rechtzeitig Zugriff erhält.

Wenn Unterlagen zur Prüfstatik eingereicht werden müssen, sind diese rechtzeitig über die Plattform ELBA an den Prüfenieur digital zu übergeben. Auch hierfür wird dem AN vorab eine Zugriffsmöglichkeit zur Verfügung gestellt werden.

03. Bei Sondervorschlägen, Systembauteilen und Alternativen sind die Angaben in der Leistungsbeschreibung über mitzuliefernde Berechnungen und Pläne zu beachten. In jedem Fall aber so ausreichend, dass eine fristgerechte Bearbeitung erfolgen kann.

04. Die Leistungsverzeichnistexte sind teilweise dem Standardleistungsbuch für das Bauwesen entnommen und mit den entsprechenden Textteilnummern versehen. Stimmt die Textteilnummer mit dem nachfolgenden Leistungsverzeichnistext nicht überein, so ist in jedem Falle der Leistungsverzeichnistext maßgebend. Leistungsverzeichnistexte ohne Textteilnummer sind dem Standardleistungsbuch angeglichen.

05. Alle Leistungen umfassen auch die Lieferung der dazugehörigen Stoffe und Bauteile, einschließlich Abladen und Lagern auf der Baustelle, sowie die komplette Montage mit allen erforderl. Nebenarbeiten, wenn in der Leistungsbeschreibung nichts anderes vorgeschrieben ist. Das Vorhalten aller Geräte und Maschinen mit ihren Betriebskosten ist in die Einheitspreise einzurechnen.

06. Mit den im Leistungsverzeichnis enthaltenen Angaben über Bauart, Baustoff und Abmessungen gelten auch der Herstellungsvorgang und -ablauf bis zur fertigen Leistung, unter Zugrundelegung der anerkannten Regeln der Technik und der Ausführungsbestimmungen der DIN- Normen als beschrieben.

Hierbei bedeutet Bauart: das Herstellen durch Zusammenfügen der Baustoffe und Bauteile bis zur fertigen Leistung.

07. Wird im Leistungsverzeichnis ein bestimmtes Fabrikat mit dem Zusatz "oder gleichwertig" gefordert, so ist die Wahl eines anderen Fabrikates zulässig, wenn dies in Konstruktion und Ausführung den Detailvorstellungen des Auftraggebers nicht widerspricht und tatsächlich als gleichwertig angesehen werden kann. In diesem Falle ist das vom Bieter gewählte Fabrikat unter der jeweiligen Position bzw. im Angebot anzugeben. Die Gleichwertigkeit ist vom Bieter möglichst mit Angebotsabgabe nachvollziehbar nachzuweisen. Der Nachweis ist für die Beurteilung und Wertung des Angebots unbedingt erforderlich. Ist vom Bieter mit Abgabe des Angebots kein Fabrikat angegeben, so gilt in jedem Fall das im Leistungsverzeichnis genannte Fabrikat als angeboten und kommt zur Ausführung. Auf die entsprechende Erklärung des Bieters gemäß Nr. 8 (4. Spiegelstrich) im Angebotsschreiben -VHB 213- wird verwiesen.

Die Abgabe von mehr als einem Hauptangebot ist zugelassen, sofern sich

aus den Vergabeunterlagen nichts anderes ergibt. Dabei muss jedes Hauptangebot aus sich heraus zuschlagsfähig sein. Hierzu müssen die Unterschiede der einzelnen Hauptangebote mit Angebotsabgabe eindeutig bezeichnet und beschrieben werden, insbesondere in technischer Hinsicht (z.B. durch Angabe verschiedener Produkte im Leistungsverzeichnis oder im Begleitschreiben zum Angebot). Diesbezüglich können nach Angebotsabgabe keine Angaben nachgereicht werden (§ 16a EU Abs. 3 VOB/A). Ist bei den Hauptangeboten keine Unterscheidbarkeit mit Angebotsabgabe erkennbar, kann dies zum Ausschluss sämtlicher Hauptangebote führen.

08. Sofern in der Leistungsbeschreibung die Ausführung "auf Anordnung des AG bzw. der AG-Bauleitung" vorgeschrieben ist, bedeutet dies, dass auch mit der Vorbereitung zur Ausführung erst nach besonderer Aufforderung durch den AG zu beginnen ist.

09. Allen Preisen ist die Lieferung frei Baustelle Zugrunde zu legen. Ergeben sich im Laufe der techn. Klärung Änderungen gegenüber dem Leistungsverzeichnis, so sind Mehrungen oder Minderungen durch prüffähige Nachtragsangebote einschl. Kalkulationsnachweis zu beantragen. Die Ausführung der geänderten Leistung erfolgt erst nach schriftlichem Auftrag des AG.

### 3. Abnahme / Abrechnung

01. Später verdeckt liegende Leistungen werden nur abgenommen, solange diese noch offen liegen. Der AG ist deshalb rechtzeitig zur Teilabnahme/ Zustandsfeststellung aufzufordern. Hierzu gehören auch die Aufmaße.

02. Die Abrechnung erfolgt nach gemeinsamen Aufmaß und nach vorheriger zeitlicher Abstimmung. Der AN hat dafür zu sorgen, dass die Aufmaße mit den dazugehörigen Unterlagen sofort nach Fertigstellung einzelner Leistungen aufgestellt und dem AG vorgelegt werden.

03. Die Abrechnung der Leistungen erfolgt kumulativ in der Reihenfolge der LV Titel / Positionen.

04. Die Abnahme der Bauleistung ist vom AN schriftlich beim AG zu beantragen. Die Abnahme wird als förmliche Abnahme nach VOB/B durchgeführt.

05. Spätestens 12 Werktagen vor der Abnahme sind sämtliche geforderten Nachweise und Dokumentationen vor zu legen.

06. Für die Endabnahme der Leistungen ist eine schriftliche Fachunternehmererklärung dem AG zu übergeben. Sofern für die Leistungen ein Schweißnachweis erforderlich ist, wird dieser der Erklärung als Anlage beigelegt.

## Vertragliche Regelungen 6

### Vorschriften zum Schutz gegen Baulärm

Die Vorschriften zum Schutz gegen Baulärm, insbesondere § 12 LBO, §§ 22 Abs. 1 BImSchG und 66 Abs. 2 BImSchG mit den hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften zum Schutz gegen Baulärm, sowie die 15. BImSchV (Baumaschinenlärm-Verordnung) sind zu beachten.

Für die Baustelle wird die 32. BImSchV angewendet, dementsprechend dürfen Geräte und Maschinen nach dem Anhang dieser Richtlinie an Sonn- und Feiertagen ganztägig sowie an Werktagen in der Zeit von 20.00 Uhr bis 07.00 Uhr nicht betrieben werden.

## Vertragliche Regelungen 7

### Einhaltung DIN 4150 Teil 3 Vermeidung von Erschütterungen

Um Beschädigungen an benachbarten Grundstücken und Gebäuden und Beeinträchtigungen von Nachbarn durch Erschütterungen zu vermeiden, sind bei der Ausführung Verfahren, Baumaschinen und Geräte so zu wählen, dass die Werte der DIN 4150 Teil 3 strikt eingehalten werden.

#### Vertragliche Regelungen 8

Vermeidung bzw. Verminderung von Verunreinigungen

Verfahren, Baumaschinen und Geräte sind so zu wählen und zu betreiben, dass entsprechend §22 BImSchG schädliche Umwelteinwirkungen wie zum Beispiel Luftverunreinigungen durch Staubemissionen verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind, nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden und die entstehenden Abfälle ordnungsgemäß beseitigt werden können.

#### Vertragliche Regelungen 9

Befestigungen in Spannbeton-Deckenplatten

Ein Großteil der Stahlbetondecken sind als Spannbetondecken ausgeführt: die Bereiche sind in den Tragwerksplänen und in den Objektplanungsplänen: Deckenspiegel Zwischengeschoss, Deckenspiegel 1. OG und Deckenspiegel 2. OG dargestellt.  
In diesen Bereichen sind Bohrungen in den Unterseiten der Spannbeton-Deckenplatten maximal mit einer Tiefe von 5cm zulässig.

#### Vertragliche Regelungen 10

Gliederung einer Schlussrechnung

Unterteilung mittels Registerblättern:

- 1 Auszahlungsanordnung (AG), Rechnung (AN)
- 2 Massenermittlung (AN)
- 3 Aufmaße, Lieferscheine (AN)
- 4 Tagelohnzettel (AN)
- 5 Abrechnungspläne (AN)
- 6 Freistellungserklärung, Abnahme, Mängelbeseitigung, Bürgschaft KEV 311Sich 2 (AN)
- 7 Nachträge, Nachtragsaufträge (AG)
- 8 Auftrag (AG)
- 9 Vergabedokumentation (AG)
- 10 Leistungsverzeichnis / Angebot (AG)

Die v. g. Gliederung ist zwingend für die vom AN aufgestellten Rechnungsunterlagen (Nr. 1 bis 6) einzuhalten und dem AG zur Prüfung vorzulegen.

#### Vertragliche Regelungen 11

Hinweise in der Leistungsbeschreibung beziehen sich immer auf die unmittelbar nachfolgenden Positionen!



<b>1.1</b>	<b>Baustelleneinrichtung</b>	<b>EUR .....</b>				
<b>1.1.10</b>	<b>Baustelleneinrichtung für die eigenen Leistungen</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>St</b>	..... pro 1,00 St	.....
<p>Baustelleneinrichtung und Gerüste für sämtliche eigenen Leistungen:  arbeitsschutzrechtlich-, liefer- und montagebedingt notwendige  Baustelleneinrichtungen und Gerüste entsprechend der technischen Erfordernisse und gewählten Arbeitsabläufe sind durch den Unternehmer für die eigenen Leistungen eigenverantwortlich zu wählen und einzusetzen einschließlich sämtlicher dafür notwendigen Aufwendungen wie Lohn- und Gehaltskosten, Lohn- und Gehaltsnebenkosten und Aufwendungen für den Betrieb.</p> <p>Es ist zu berücksichtigen, dass Fensteröffnungen nach Einbau der Fenster nicht zur Einbringung von Bauteilen und Materialien genutzt werden dürfen. Der hierfür anfallende Mehraufwand ist in diese Position mit einzukalkulieren.</p> <p>Sämtliche Restmaterialien und Abfälle sind fachgerecht zu entsorgen.</p>						

<b>2</b>	<b>WERK- UND MONTAGEPLANUNG</b>	<b>EUR .....</b>				
<b>2.1</b>	<b>Montagezeichnungen der mobilen Trennwände</b>	<b>EUR .....</b>				
<b>2.1.10</b>	<b>Montagezeichnung der mobilen Trennwand Achse C/11-14 H.2.14 Lehrsaal 1</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>St</b>	..... pro 1,00 St	.....
<p>Montagezeichnungen der mobilen Trennwand Achse C/11-14  H.2.14 Lehrsaal 1 und deren Abhängungen bzw. Unterkonstruktionen unter Berücksichtigung der bauseitigen Vorgaben und Vorarbeiten anfertigen in Abstimmung mit den Architekten und Planern</p>						

<b>2.1.20</b>	<b>Montagezeichnung der mobilen Trennwand Achse 9-10/A-C H.2.06 Lehrsaal 3 und H.2.05 Lehrsaal 4</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>St</b>	..... pro 1,00 St	.....
<p>Montagezeichnung der mobilen Trennwand Achse 9-10/A-C H.2.06 Lehrsaal 3 und H.2.05 Lehrsaal 4 und deren Abhängungen bzw. Unterkonstruktionen unter Berücksichtigung der bauseitigen Vorgaben und Vorarbeiten anfertigen in Abstimmung mit den Architekten und Planern</p>						

3	MOBILE TRENNWÄNDE	EUR .....
1 Ausführungsbeschreibung 1		
Mobile schalldämmende Trennwand, Leitfabrikat DormaHüppe Typ: Variflex 100 oder gleichwertig		

das angebotene Produkt ist in Pos. 3.1.10 vom Bieter anzugeben

Bewegliche Trennwand aus unabhängig voneinander verfahrbaren Einzelementen mit einer Rahmenkonstruktion aus verwindungssteifen Aluminium- und Stahlprofilen. Beidseitig beplankt mit 16 mm dicken Gütspanplatten (E 1) nach DIN, akustisch freischwingend aufgehängt. Geringe Körperschallübertragung durch akustisch getrennte Vertikalprofile. Integrierte Hohlkammer Dichtlippen in Aluminiumfarbe. Elementdicke 100 mm. Die Deckplatten müssen ohne Demontage der Elemente aus der Schiene ausgewechselt werden können.

Schalldämmung der beweglichen Trennwand geprüft nach DIN EN 10 140-3:  
bewertetes Schalldämm-Maß DIN 4109 Rw 49 dB,  
entsprechende Prüfzeugnisse sind vorzulegen

Ausfahrbare Dichtleisten:

Die Elemente müssen oben und unten bewegliche federgelagerte Doppeldichtleisten aufweisen, welche über eine Spindelmechanik (Trapezgewinde) gegen Fußboden und Deckenschiene gepreßt werden und selbsttätig Fußbodenunebenheiten ausgleichen. Um eine optimale vertikale Abdichtung zwischen den ausgefahrenen Dichtleisten zu gewährleisten, sind die Dichtleisten-Endstücke aus Polyurethan-Formteilen einzusetzen. Die Dichtleisten sind aus Aluminium, vorgerichtet für höchste Anforderungen an Akustik und Standfestigkeit.

Elementverbindung:

Elementverbindung untereinander bestehend aus formschlüssigen, ineinander-tauchenden konkav/konvexen Aluminiumprofilen mit einem optional integrierten Magnetband. Im Elementstoß sind zusätzliche flexible Dichtungen vorhanden. Mechanisch wirkende Elementverbinder sind auszuschließen.

Teleskopelement außenauflegend

Das jeweils abschließende Element der Trennwand ist als Teleskop-Ausgleichs-Element auszubilden. Das Ausgleichsteil ist aus 16 mm dicken Dreischicht-Gütspanplatten (E 1) nach DIN - Material wie Trennwand - auszuführen. Der Ausfahrhub ist bis 120 mm nutzbar, um die Trennwand zu schließen.

Durchgangstürelemente

sind mit einem 100 mm starken umlaufenden Portalrahmen aus stabilen Stahlprofilen auszustatten. Die seitlichen Holme sind mit Druckbalken auszuführen, die einen Formschluß zum Boden gewährleisten. Zusätzlich soll eine Verbindung durch in Bodenhülsen greifende Arretierungsnocken gewährleistet sein. Das Türblatt ist mit einem Stahlrahmen und einer automatischen Dichtleiste auszustatten. Die sich gegen Decke (Dichtleiste) und Boden (Dichtfüße in den Türholmen) flexibel anpressenden. Dichtungselemente sollen stirnseitig bedienbar sein.

Elementaufhängung

Jedes Element ist an 2 Punkten oder an einem Punkt in eine Aluminiumdeckenlaufschiene zu hängen und mittels wartungsfreiem Kugellager-Mehrfach-Rollenwagen zu verfahren. Die Rollenwagen sind mit horizontalen Kugellagern im Rollenbolzen am Element zu befestigen. Keine Kugel- oder Gleitscheiben.

Justierbarkeit der Elemente

Jedes Element ist ohne Öffnen der Decke oder des Elementes leicht höhenjustierbar, um eine eventuelle geringfügige bauseitige Deckensenkung auszugleichen. Bei Oberflächenschäden kann die Deckplatte ohne Elementausbau oder Zerlegung am Bau ausgewechselt werden.

Schienenensystem:

#### R-Schiene

Kreuzungen, T- und Eckpunkte sind mit gesenktgeschmiedeten Formteilen mit Stützrollen-einrichtungen zu versehen. Um eine leichte Verfahrbarkeit der Elemente auch in Schienenabzweigungen und im Parkbereich zu gewährleisten, ist in allen Punkten eine rollende Reibung vorgeschrieben.

#### Befestigung der Laufschiene:

Die Laufschieneanlagen mit den Abhängekonstruktionen sind mittels verstellbarer Stahlabhängekonstruktionen an den Stahlbetondecken zu befestigen. Durch die Verstellbarkeit müssen spätere Deckensenkungen aufgefangen werden können. Keine starren, nicht verstellbaren Abhängekonstruktionen.

Ein Großteil der Stahlbetondecken sind als

Spannbetondecken ausgeführt:

die Bereiche sind in den Tragwerksplänen und in den Objektplanungsplänen:

Deckenspiegel Zwischengeschoss, Deckenspiegel 1. OG und

Deckenspiegel 2. OG dargestellt.

In diesen Bereichen sind Bohrungen in den Unterseiten der Spannbeton-Deckenplatten maximal mit einer Tiefe von 5cm zulässig.

#### Abschottung :

Über den Laufschieneanlagen wird eine vom Bieter mitzuliefernde Abschottung in zweischaliger Ausführung montiert, welche dem geforderten Schalldämmmaß der Trennwände entspricht. Die Abschottung ist sauber und fugendicht an die Laufschiene sowie an den angrenzenden Bauteilen anzuarbeiten. Die Hohlräume sind mit rieselfreier Mineralwolle auszufüllen. Die Anschlüsse zur Decke müssen dauerelastisch abgespritzt werden.

Für das Raumtrennsystem ist eine

Umwelt-Produktdeklaration (EPD Environmental Product Declaration) nach ISO 14025 nachzuweisen. Die Lebenszyklusanalyse (LCA) muss nach ISO 14040 durchgeführt werden, deren methodischer Rahmen die Ökobilanz darstellt.

Für die Trennwand (VE) ist ein Emissionsprüfbericht nach DIN EN 16516 AgBB-Schema 2018 (Ausschuss zur gesundheitlichen Bewertung von Bauprodukten) vorzulegen. Der VOC-Wert darf den vom Umweltbundesamt empfohlenen Wert von 0,300 mg/m<sup>3</sup> nicht übersteigen.

Ein gültiges TÜV-Zertifikat über die Baumuster-Prüfung nach dem Prüfgrundsatz für die Sicherheit von Trennwandsystemen nach EK/TA9-16-01:2016 M 23/17 und Normen DIN EN 60335-1:2012+A13:2018-07 sowie DIN EN 60335-2-103:2016-05 ist vorzulegen.

#### Allgemein Qualitätsmanagement ISO-Zertifikat

Der Hersteller der Trennwandanlage muß nach dem Qualitätsmanagementsystem DIN EN ISO 9001 sowie dem Umweltmanagement ISO 14001 zertifiziert sein. Dies ist durch ein entsprechendes Zeugnis nachzuweisen.

Bedienung: manuell jede Trennwand muss 2 Bedienkurbeln enthalten

Deckplattenausführung der Wand- und Anschlusselemente und der Abschottungen

Typ K (Deckplattenausführung mit sichtbarer Oberflächenkante)

Magnetband im Vertikalprofil

Ausführung mit Deckplatten Klasse B -s1, d0 nach EN 13501-1

Oberflächen der Wandelemente und der Abschottungen:

Melamin geplant ähnlich RAL 9010 Reinweiß und

teilweise ähnlich RAL 5024 Pastellblau

in Teilbereichen der Wandelemente:

magnethaftende/beschreibbare Oberfläche als Zulage

Schalldämmforderung:

57 dB mit Prüfzeugnis

Parkierung:

Grundriss jeweils 2 Pakete pro Trennwand

Elementaufhängung:  
Zweipunkt-Aufhängung

Laufschienensystem:  
R-Schiene aus Aluminium, rechtwinkelige Abzweigungen -  
bis 500 kg

Leit Fabrikat: DORMA Hüppe  
Typ: Variflex 100 oder gleichwertig, das angebotene  
Produkt ist in Pos. 3.1.10 vom Bieter anzugeben

3.1 Mustervorlage und Produktangabe				EUR .....	
3.1.10	Mustervorlage und Produktabfrage mobile Trennwand	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]    Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	St	..... pro 1,00 St

3.2 Mobile Trennwand Achse C/11-14 H.2.14 Lehrsaal 1				EUR .....		
3.2.10	<b>Mobile Trennwand Achse C/11-14 H.2.14 Lehrsaal 1 Rw 49 dB L 13,375m H 2,70m Abschottung H 0,75m mit Türe</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St	..... pro 1,00 St	.....
<p>Mobile Trennwand Achse C/11-14 H.2.14 Lehrsaal 1 Rw 49 dB L 13,375m H 2,70m Abschottung H 0,75m mit Türe entsprechend beiliegenden Plänen und Ausführungsbeschreibung 1</p> <p>bestehend aus: Deckenschiene mit Abschottung H 0,75m einschließlich notwendiger Winkelabhängungen zur Aussteifung der Abhänge-UK , 1 St Schlossleiste 9 St Normal-Elemente 1 St Durchgangstür-Element lichte Durchgangsbreite 0,92m, lichte Durchgangshöhe 2,10m, Griffmulde mit Drücker Edelstahl, Bänder Edelstahl 1 St Teleskopelement 1 St Wandanschluss</p>						

---

**Hinweis**

Die TGA-Installationen im Bereich der Decken werden bereits montiert sein, wenn die Montage der Deckenstürze zu den mobilen Trennwänden erfolgt.

<b>3.2.20</b>	<b>Öffnung herst. UK auswechseln verstärken WD 130 mm B 0,5 m H 0,2 m in Abschottung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
					.....	.....
					pro 1,00 St	.....

Öffnung durchgehend herstellen, einschl.  
Unterkonstruktion auswechseln und verstärken, eckig,  
in Abschottung Dicke 130 mm, Breite 0,5 m, Höhe 0,2 m,

---

<b>3.2.30</b>	<b>Öffnung herst. UK auswechseln verstärken WD 130 mm B 0,4 m H 0,35 m in Abschottung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
					.....	.....
					pro 1,00 St	.....

Öffnung durchgehend herstellen, einschl.  
Unterkonstruktion auswechseln und verstärken, eckig,  
in Abschottung Dicke 130 mm, Breite 0,4 m, Höhe 0,35  
m,

---

<b>3.2.40</b>	<b>Öffnung herst. UK auswechseln verstärken WD 130 mm B 0,6 m H 0,35 m in Abschottung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
					.....	.....
					pro 1,00 St	.....

Öffnung durchgehend herstellen, einschl.  
Unterkonstruktion auswechseln und verstärken, eckig,  
in Abschottung Dicke 130 mm, Breite 0,6 m, Höhe 0,35  
m,

---

<b>3.2.50</b>	<b>Elektroleitungsdurchführung B 0,4 m H 0,15 m in Abschottung D 130mm anarbeiten</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
					.....	.....
					pro 1,00 St	.....

Ektroleitungsdurchführung eckig, Breite 0,5 m, Höhe 0,2  
m  
in Abschottung D 130mm anarbeiten

<b>3.2.60</b>	<b>Lüftungskanal B 0,3 m H 0,2 m in Abschottung D 130mm anarbeiten</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Lüftungskanal eckig B 0,3 m H 0,2 m in Abschottung D 130mm anarbeiten

<b>3.2.70</b>	<b>Rohrleitung, rund, Durchmesser bis 100 mm in Abschottung D 130mm anarbeiten</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Rohrleitung, rund, Durchmesser bis 100 mm in Abschottung D 130mm anarbeiten

<b>3.2.80</b>	<b>Rohrleitung, rund, Durchmesser bis 250 mm in Abschottung D 130mm anarbeiten</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Rohrleitung, rund, Durchmesser bis 250 mm in Abschottung D 130mm anarbeiten

<b>3.2.90</b>	<b>Mehrpreis für Ausführung Teleskopelement flächenbündig auf Anordnung AG als Zulage</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Mehrpreis für Ausführung Teleskopelement flächenbündig auf Anordnung AG als Zulage  
abschließendes Element der Trennwand als flächenbündiges Teleskop-Ausgleichs-Element ausbilden, ohne vorspringende bzw. zurückliegende Kanten. Durch ein dreifach wirkendes Spindel- und Hebelmechanik-Getriebe, ist dies über die gesamte Höhe zu gewährleisten. Konstruktionen wie Klappteile, sind nicht zulässig.  
Das Ausgleichsteil ist aus 16 mm dicken Dreischicht-Gütespanplatten (E 1) nach DIN - Material wie Trennwand - auszuführen.  
Der Ausfahrhub ist bis 120 mm nutzbar und erzeugt zum flächenbündigen schließen der Trennwand einen einstellbaren Anpressdruck von 0 bis 1000 N.

<b>3.2.100</b>	<b>Potentialfreier Kontakt herstellen zum bauseitigen Anschluss an Gebäudesteuerung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Potentialfreier Kontakt herstellen zum bauseitigen  
Anschluss an Gebäudesteuerung

---

<b>3.2.110</b>	<b>Zulage für magnethaftende und beschreibbare Oberfläche 1-seitig pro Wandelement</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	6,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Zulage für magnethaftende und beschreibbare Oberfläche  
1-seitig pro Wandelement

---

<b>3.2.120</b>	<b>Mehrpreis für einseitige Ausführung der Melamin-Oberfläche in Sonderfarbe pro Wandelement</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Mehrpreis für einseitige Ausführung der  
Melamin-Oberfläche in Sonderfarbe pro Wandelement

---

<b>3.2.130</b>	<b>Mehrpreis für einseitige Ausführung der Melamin-Oberfläche in Sonderfarbe Teleskopelement</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Mehrpreis für einseitige Ausführung der  
Melamin-Oberfläche in Sonderfarbe des  
Teleskop-Wandelements

---

<b>3.2.140</b>	<b>Mehrpreis für einseitige Ausführung der Melamin-Oberfläche in Sonderfarbe Schlossleiste</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Mehrpreis für einseitige Ausführung der  
Melamin-Oberfläche in Sonderfarbe Schlossleiste

---

<b>3.2.150</b>	<b>Mehrpreis für einseitige Ausführung der Melamin-Oberfläche in Sonderfarbe Wandanschluss</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Mehrpreis für einseitige Ausführung der  
Melamin-Oberfläche in Sonderfarbe Wandanschluss

<b>3.2.160 Erhöhung Schalldämmung der Trennwand und Abschottung auf Rw 52 dB als Zulage zu Rw 49 dB</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Erhöhung Schalldämmung der Trennwand und Abschottung auf Rw 52 dB als Zulage zu Rw 49 dB

<b>3.2.170 Weitere Erhöhung Schalldämmung der Trennwand und Abschottung auf Rw 57 dB als Zulage zu Rw 52 dB</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Weitere Erhöhung Schalldämmung der Trennwand und Abschottung auf Rw 57 dB als Zulage zu Rw 52 dB

<b>3.3 Mobile Trennwand Achse 9-10/A-C H.2.06 Lehrsaal 3 und H.2.05 Lehrsaal 4</b>	<b>EUR .....</b>				
--	------------------	--	--	--	--

<b>3.3.10 Mobile Trennwand Achse 9-10/A-C H.2.06 Lehrsaal 3 und H.2.05 Lehrsaal 4 Rw 49 dB L 11,465m H 3,00m Abschottung H 0,45m</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Mobile Trennwand Achse 9-10/A-C H.2.06 Lehrsaal 3 und H.2.05 Lehrsaal 4 Rw 49 dB  
L 11,465m H 3,00m Abschottung H 0,45m  
entsprechend beiliegenden Plänen und Ausführungsbeschreibung 1

bestehend aus:  
Deckenschiene mit Abschottung H 0,45m  
1 St Schlossleiste  
9 St Normal-Elemente  
1 St Teleskopelement  
1 St Wandanschluss

<b>3.3.20 Öffnung herst. UK auswechseln verstärken WD 130 mm B 0,5 m H 0,2 m in Abschottung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Öffnung durchgehend herstellen, einschl.  
Unterkonstruktion auswechseln und verstärken, eckig,  
in Abschottung Dicke 130 mm, Breite 0,5 m, Höhe 0,2 m,



<b>3.3.30</b>	<b>Elektroleitungsdurchführung B 0,4 m H 0,15 m in Abschottung D 130mm anarbeiten</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Elektroleitungsdurchführung eckig, Breite 0,5 m, Höhe 0,2 m  
in Abschottung D 130mm anarbeiten

<b>3.3.40</b>	<b>Potentialfreier Kontakt herstellen zum bauseitigen Anschluss an Gebäudesteuerung</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Potentialfreier Kontakt herstellen zum bauseitigen  
Anschluss an Gebäudesteuerung

<b>3.3.50</b>	<b>Zulage für magnethaftende und beschreibbare Oberfläche 2-seitig pro Wandelement</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	6,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Zulage für magnethaftende und beschreibbare Oberfläche  
1-seitig pro Normalelement

<b>3.3.60</b>	<b>Mehrpreis für zweiseitige Ausführung der Melamin-Oberfläche in Sonderfarbe pro Wandelement</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Mehrpreis für zweiseitige Ausführung der  
Melamin-Oberfläche in Sonderfarbe pro Wandelement

<b>3.3.70</b>	<b>Mehrpreis für zweiseitige Ausführung der Melamin-Oberfläche in Sonderfarbe Teleskopelement</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Mehrpreis für zweiseitige Ausführung der  
Melamin-Oberfläche in Sonderfarbe Teleskopelement

<b>3.3.80</b>	<b>Mehrpreis für zweiseitige Ausführung der Melamin-Oberfläche in Sonderfarbe Schlossleiste</b>	USt. [%] <b>19%</b>	Menge <b>1,00</b>	Einheit <b>St</b>	Einzelpreis [EUR] ..... pro 1,00 St	Gesamtpreis [EUR] .....
Mehrpreis für zweiseitige Ausführung der Melamin-Oberfläche in Sonderfarbe Schlossleiste						
<hr/>						
<b>3.3.90</b>	<b>Mehrpreis für zweiseitige Ausführung der Melamin-Oberfläche in Sonderfarbe Wandanschluss</b>	USt. [%] <b>19%</b>	Menge <b>1,00</b>	Einheit <b>St</b>	Einzelpreis [EUR] ..... pro 1,00 St	Gesamtpreis [EUR] .....
Mehrpreis für zweiseitige Ausführung der Melamin-Oberfläche in Sonderfarbe Wandanschluss						
<hr/>						
<b>3.3.100</b>	<b>Erhöhung Schalldämmung der Trennwand und Abschottung auf Rw 52 dB als Zulage zu Rw 49 dB</b>	USt. [%] <b>19%</b>	Menge <b>1,00</b>	Einheit <b>St</b>	Einzelpreis [EUR] ..... pro 1,00 St	Gesamtpreis [EUR] .....
Erhöhung Schalldämmung der Trennwand und Abschottung auf Rw 52 dB als Zulage zu Rw 49 dB						
<hr/>						
<b>3.3.110</b>	<b>Weitere Erhöhung Schalldämmung der Trennwand und Abschottung auf Rw 57 dB als Zulage zu Rw 52 dB</b>	USt. [%] <b>19%</b>	Menge <b>1,00</b>	Einheit <b>St</b>	Einzelpreis [EUR] ..... pro 1,00 St	Gesamtpreis [EUR] .....
Weitere Erhöhung Schalldämmung der Trennwand und Abschottung auf Rw 57 dB als Zulage zu Rw 52 dB						
<hr/>						
<b>3.3.120</b>	<b>Zulage für gleitende Deckenanschlüsse der Abschottung H bis 30mm</b>	USt. [%] <b>19%</b>	Menge <b>1,00</b>	Einheit <b>St</b>	Einzelpreis [EUR] ..... pro 1,00 St	Gesamtpreis [EUR] .....
Zulage für gleitende Deckenanschlüsse der Abschottung H bis 30mm, pauschal für alle waagrechten Anschlüsse an Stahlbetondecke						
<hr/>						

<b>3.3.130 Zulage für gleitenden Wandanschlüsse der Abschottung H bis 30mm</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	St	..... pro 1,00 St	.....

Zulage für gleitenden Wandanschlüsse der Abschottung H bis 30mm, pauschal für alle senkrechten Anschlüsse, teilweise Trockenbauwand, teilweise Stahlbetonwand

<b>4</b>	<b>STUNDENLOHNARBEITEN</b>	<b>EUR .....</b>
----------	----------------------------	------------------

**Hinweis**

Stundenlohnarbeiten werden nach Stundenverrechnungssätzen , in denen Lohn- und Gehaltskosten, Lohn- und Gehaltsnebenkosten, Sozialkassenbeiträge, vermögenswirksame Leistungen und Gewinn enthalten sind, vergütet.

Zuschläge für Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit sowie Erschwerniszuschläge sind nicht in die Stundenverrechnungssätze mit einzubeziehen, sondern, sofern sie nicht schon als Teilleistungspositionen im Leistungsverzeichnis enthalten sind, im Bedarfsfall zu vereinbaren und gesondert nachzuweisen.

Der Bieter erklärt, dass der Stundenverrechnungssatz unter Beachtung der preisrechtlichen Vorschriften ermittelt wurde und unabhängig von der Anzahl der abgerechneten Stunden gilt.

Anfallende Tagelohnstunden sind funktionsbereichsweise zuzuordnen und abzurechnen.

Stundenlohnarbeiten bedürfen der Anordnung der örtlichen Bauüberwachung bzw. des Auftraggebers.

<b>4.1</b>	<b>Abeitskräfte</b>	<b>EUR .....</b>
------------	---------------------	------------------

<b>4.1.10 Techniker/-in sämtliche Kosten/Zuschläge</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	2,00	h	..... pro 1,00 h	.....

STLB-Bau 2025-10 91 1619

Stundenlohnarbeiten durch Techniker/-in der Verrechnungssatz für die jeweilige Arbeitskraft umfasst sämtliche Aufwendungen wie Lohn- und Gehaltskosten, Lohn- und Gehaltsnebenkosten, Zuschläge, lohngebundene und lohnabhängige Kosten, sonstige Sozialkosten, Gemeinkosten, Wagnis und Gewinn.

<b>4.1.20 Obermonteur/-in sämtliche Kosten/Zuschläge</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	2,00	h	..... pro 1,00 h	.....

STLB-Bau 2025-10 91 1619

Stundenlohnarbeiten durch Obermonteur/-in der Verrechnungssatz für die jeweilige Arbeitskraft umfasst sämtliche Aufwendungen wie Lohn- und Gehaltskosten, Lohn- und Gehaltsnebenkosten, Zuschläge, lohngebundene und lohnabhängige Kosten, sonstige Sozialkosten, Gemeinkosten, Wagnis und Gewinn.

<b>4.1.30</b>	<b>Monteur/-in sämtliche Kosten/Zuschläge</b>	USt. [%] <b>19%</b>	Menge <b>2,00</b>	Einheit <b>h</b>	Einzelpreis [EUR] ..... pro 1,00 h	Gesamtpreis [EUR] .....
STLB-Bau 2025-10 91 1619 Stundenlohnarbeiten durch Monteur/-in der Verrechnungssatz für die jeweilige Arbeitskraft umfasst sämtliche Aufwendungen wie Lohn- und Gehaltskosten, Lohn- und Gehaltsnebenkosten, Zuschläge, lohngebundene und lohnabhängige Kosten, sonstige Sozialkosten, Gemeinkosten, Wagnis und Gewinn.						
<b>4.1.40</b>	<b>Helfer/-in sämtliche Kosten/Zuschläge</b>	USt. [%] <b>19%</b>	Menge <b>2,00</b>	Einheit <b>h</b>	Einzelpreis [EUR] ..... pro 1,00 h	Gesamtpreis [EUR] .....
STLB-Bau 2025-10 91 1619 Stundenlohnarbeiten durch Helfer/-in der Verrechnungssatz für die jeweilige Arbeitskraft umfasst sämtliche Aufwendungen wie Lohn- und Gehaltskosten, Lohn- und Gehaltsnebenkosten, Zuschläge, lohngebundene und lohnabhängige Kosten, sonstige Sozialkosten, Gemeinkosten, Wagnis und Gewinn.						
<b>5</b>	<b>DOKUMENTATION</b>	<b>EUR .....</b>				
<b>5.1</b>	<b>Revisionsunterlagen und Dokumentationen</b>	<b>EUR .....</b>				
<b>5.1.10</b>	<b>Revisionsunterlagen</b>	USt. [%] <b>19%</b>	Menge <b>1,00</b>	Einheit <b>PSCH</b>	Einzelpreis [EUR] ..... pro 1,00 PSCH	Gesamtpreis [EUR] .....
Mit der Anmeldung zur Abnahme, mind. 14 Tage vor Abnahmetermin, hat der Auftragnehmer Revisionsunterlagen mit Revisionsplänen, 1-fach, farbig angelegt in Papierform an die Bauleitung zu übergeben und im Format pdf und dwg über den vom Bauherrn eingerichteten Planserver PPM zu verteilen.  Zu den Revisionsunterlagen gehören sämtliche Werkstatt- und Montagezeichnungen  Die Revisionsunterlagen sind in beschriftete Ordner einzuheften und entsprechend den Sachgebieten mit Trennblättern zu gliedern.						
<b>5.1.20</b>	<b>Dokumentation</b>	USt. [%] <b>19%</b>	Menge <b>1,00</b>	Einheit <b>PSCH</b>	Einzelpreis [EUR] ..... pro 1,00 PSCH	Gesamtpreis [EUR] .....
Die vom AN vorzulegenden Unterlagen sind dem AG rechtzeitig (mind. 14 Tage vor Abnahme) zur Prüfung und Durchsicht zur Verfügung zu stellen. Die Übergabe ist 1-fach im Papierformat und 1-fach digital zu übergeben. Die digitalen Unterlagen sind über den vom Bauherrn eingerichteten Planserver PPM zu verteilen, mit gleicher Sortierung und Reihenfolge wie in den Papierunterlagen.  Inhalt (der AN ist aufgefordert, die sein Gewerk betreffenden Unterlagen vollständig zusammenzustellen)						

- Inhaltsverzeichnis
- Übereinstimmungserklärungen
- Errichtererklärung, Unternehmererklärungen
- Konformitätserklärungen
- Nachweise Baustoffgüte, verbaute Materialien
- Pflegeanleitungen
- Pläne als dwg. und pdf. Datei
- .
- Sonstige schriftliche Nachweise, Datenblätter, Anleitungen etc. als pdf.

---

## ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
<b>Summe (brutto)</b>	_____

## LEISTUNGSVERZEICHNIS

28.05.2026

Ausschreibung

Verfahren: 2026002804 - Mobile Trennwände, Rettungszentrum

---

## AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Verfahren: 2026002804 - Mobile Trennwände, Rettungszentrum

---

## EIGNUNGSKRITERIEN

Keine Eignungskriterien festgelegt.

## LEISTUNGSKRITERIEN

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Plananlagen.zip	21,51 MB	zip